Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Banktonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 17. April 1931 | 11. Jahrgang Nr. 89

Streikfront der Bauarbeiter steht

Immer neue Baustellen treten in die Front — Betrügerische Manöver der Unternehmer — Verstärkt das Massenstreikaufgebot! — Her mit dem roten Einheitsverband für das Baugewerbe!

Halle, 17. April.

In der gestern stattgefundenen Streikversammlung wurden erneut Beschlüsse gefaßt, um die geschlossene Kampffront der Bauarbeiter noch zu verstärken. Einzelne Industrieverbändler versuchten wiederum, mieszumachen. Der Genosse Wilhelm Koenen verstand es in ausgezeichneten Ausführungen, die Streikenden auf die ungeheure Bedeutung ihres Kampfes aufmerksam zu machen, die darin liegt, daß die Bauarbeiter die Welle des Lohnraubs der deutschen Unternehmer unbedingt zum Stehenbringen müssen. Die verräterische Haltung der Reformisten und des Industrieverbandes in unserem Bezirk unterscheidet sich von der Haltung derselben Leute in Berlin nur dadurch, daß die revolutionären Bauarbeiter Mitteldeutschlands einen solchen Verrat, wie er in Berlin durch die Reformisten und durch Kaiser begangen wurde, nicht dulden werden und sich die Brauns und Konsorten danach einstellen müssen. Sie versuchen hier eine gerissene Taktik durchzuführen, um ihre Streikbruchmethoden auch hier durchzusetzen.

Bauarbeiter, Kollegen! Die Unternehmer stehen in einer Front mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und den Führern des Industrieverbandes. Die BGB- und Industrieverbandsmitglieder werden von ihren Führern betrogen. In Berlin wurden sie gezwungen von der Bürokratie, für den verbindlich erklärten Schiedsspruch zu arbeiten, und die Unternehmer stellen nach Vereinbarung mit den BGB-Bonzen nur noch Bauarbeiter ein, die das Mitgliedsbuch des BGB vorzeigen können. Das ist dieselbe faschistische Methode, mit der in Italien die faschistischen Gewerkschaften arbeiten.

Kollegen, das dürft ihr nicht dulden! Es geht bei eurem Streik nicht nur um den Lohnraub. Es geht um eure Koalitionsrechte. Euer Kampf ist ein wichtiger Abschnitt an der Front des großen revolutionären Kampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat den Streik organisiert. Die Streikfront steht unerschüttert. Täglich treten mehr Kollegen in den Streik ein. Nicht Bernhardt und Wolgast, nicht Schumacher und Kaiser, sondern nur die RGO, der sich jetzt bildende Rote Einheitsverband der Bauarbeiter wird Führer im siegreichen Kampf gegen das profitgierige Unternehmertum sein.

Fester die Reihen geschlossen! Verschärft den Streik! Kämpft auch dann gegen den Willen der verräterischen reformistischen Führer, wenn der Schiedsspruch verbindlich erklärt ist!

In Naumburg verschärfte Lage

(Eig. Meld.) Naumburg, 17. April.

Der hiesige Bauarbeiterstreik ist ab heute verschärft auf Grund betrügerischer Manöver einzelner Unternehmer. Sämtliche Bauten und Reparatur-Bauten mit Ausnahme der Bauhütte sind stillgelegt. Die Unternehmer betrügen Kollegen und Streikleitung, indem sie trotz Unterschriften Lohnabzug vornehmen. Stürmisch verlangen die Bauarbeiter, auch die letzten Arbeitsstellen stillzulegen. Mit Hilfe der Lehrlinge und Poliere wollen die Unternehmer ihre kapitalistische Bankrottwirtschaft retten. Sozialdemokratische und kommunistische Bauarbeiter sind einig im Kampfe gegen das brutale Unternehmertum. Zähe und klassenbewußt bricht sich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch und wird führend im Kampfe gegen das immer frecher werdende Krautjunkertum. Zugezogene Nazi-Streikbrecher zogen es vor, zu verschwinden.

Bauarbeiterstreik in Wolsen

(Eig. Drahtbericht). Wolsen, 16. April.

In Wolsen sind bei der Firma Holzmann die Bauarbeiter in den Streik getreten. Die Firma wollte einen 10prozentigen Lohnabbau auf Grund des Schiedsspruches vornehmen, worauf die Kollegen geschlossen die Arbeit niederlegten.

Zwei Arbeiter, die der reformistischen Verbandsbürokratie nachlaufen, und die ebenfalls in diesem Betrieb beschäftigt sind, leisten auf Anweisung der reformistischen Verbandsbonzen Streikbrucharbeit.

Die im Streik stehenden Arbeiter kämpfen weiter.

Das Ausnahmegesetz gegen die KPD

Ungeheuerlicher Erlaß der Thüringer Regierung — Im Einverständnis mit der SPD-Führerschaft

(Eig. Meldung.) Weimar, 16. April.

Die Thüringer Regierung hat am 15. April folgenden Erlaß zur Diktaturverordnung der Brüning-Severing veröffentlicht:

„Da die Kommunistische Partei Deutschlands, wie auf Grund zahlreicher Urteile höchster Gerichte hervorgeht, den Umsturz des bestehenden Staates auch mit ungewöhnlichen Mitteln zu fördern bestrebt ist, sollen Veranstaltungen der KPD und der ihr angehörenden Organisationen besonders scharf darauf hin geprüft werden, ob sie nach der Verordnung zu verbieten sind. Wird ein Verbot nicht ausgesprochen, so sollen sie besonders sorgfältig überwacht werden.

Da erfahrungsgemäß bei kommunistischen Veranstaltungen besonders dann Ausschreitungen vorkommen, wenn sie unter freiem Himmel abgehalten werden, sollen große Veranstaltungen der KPD und der ihr nahestehenden Organisationen unter freiem Himmel grundsätzlich verboten werden.

Kleine Veranstaltungen und solche in geschlossenen Räumen können zugelassen werden, wenn nach den Umständen des Einzelfalles anzunehmen ist, daß keine Notwendigkeit zu einem Verbot auf Grund der Verordnung gegeben ist. Lediglich bei Veranstaltungen der KPD und des Bezirksausschusses gegen den Faschismus zur Werbung für das vom Ministerium zugelassene Volksbegehren auf Auflösung des Landtages soll von Einschränkungen nicht Gebrauch gemacht werden, wenn sich die Veranstalter in den Grenzen des polizeilich Tragbaren halten.

Veranstaltungen sämtlicher übrigen Parteiorganisationen und Vereinigungen sollen grundsätzlich nicht verhindert werden."

Dieser ungeheuerliche Erlaß zeigt allen Arbeitern, insbesondere den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern, daß die faschistische Diktaturverordnung der Brüning-Severing ausschließlich gegen die KPD., gegen die kommunistische Bewegung, gerichtet ist. Der schärfste Polizeiterror wird gegen die kommunistische Bewegung gerichtet, alle kommunistischen Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel sollen verboten werden, währenddem ausdrücklich die Veranstaltungen aller anderen

Unsere Antwort an Brüning und Severing!

Masseneintritte in die KPD

Die Ortsgruppe Teuchern der Kommunistischen Partei hat in den ersten 14 Tagen des Monats April bei ihrer Werbearbeit folgende Erfolge gehabt: 36 neue Mitglieder für die Partei, 22 Mitglieder für die Rote Hilfe, vier Leser für den „Klassenkampf" und 18 für die AIZ. Unsere Genossen setzen die Werbung fort.

Die Betriebe für Kampfmai 1931

(Eig. Meldg.) Frankleben, den 17. April.

Im Stahl- und Eisenwerk Frankleben fand im Betrieb eine Belegschaftsversammlung statt, die zum 1. Mai Stellung nahm. Von den Reformisten wurde geheime Abstimmung verlangt. Diese wurde auch durchgeführt. Es beteiligten sich 90% der Belegschaftsmitglieder. Das Ergebnis war das folgende: 54 Stimmen für politischen Massenstreik, 16 Stimmen für Arbeit am 1. Mai, zwei Stimmen waren ungültig. Am 1. Mai wird also nicht gearbeitet!

Halle, den 17. April.

In einer am Mittwoch stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Engelhardt-Brauerei, Halle, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, am 1. Mai den Streik durchzuführen.

(Eig. Meldg.) Merseburg, den 17. April.

Hier hat sich die Belegschaft der Engelhardt-Brauerei ebenfalls einstimmig für den Streik am 1. Mai ausgesprochen.

(Eig. Meldg.) Kelbra, den 17. April.

In einer Sitzung sämtlicher proletarischer Organisationen fand eine gründliche politische Aussprache zum 1. Mai statt, in der beschlossen wurde, in allen Betrieben den Streik am 1. Mai durchzuführen. Ein Maikampfkomitee wurde gebildet, das die Organisationsarbeiten durchzuführen hat.

*

Millionen Ausgebeuteter und Unterdrückter der ganzen Welt rüsten wieder zum Massenkampfaufmarsch am 1. Mai, zum politischen Massenstreik. Kommunisten an die Front! Macht den Weltkampftag am 1. Mai 1931 zu einem gewaltigen Aufmarsch des revolutionären Proletariats!

Ganz Spanien im Aufstand

Barrikadenkämpfe in den Industriezentren — Die Massen stürmen die Kasernen und öffnen die Gefängnisse — Soldaten sympathisieren mit den Aufständischen

Madrid, 16. April. (Eig. Drahtm.)

Die Ereignisse in Spanien überstürzen sich. Die Industriegebiete, insbesondere die Industriezentren Kataloniens befinden sich in offenem Aufstand. Aus Barcelona, Sevilla, Malaga, Valencia, Huelva Bilbao und vielen anderen Städten werden schwere Straßenkämpfe gemeldet. Die Arbeiterschaft von Barcelona trat in den Generalstreik.

In Barcelona und Sevilla wurde der Belagerungszustand verhängt. Kasernen und Waffenläden wurden von den Massen gestürmt, Gefängnisse aufgebrochen, die Häuser bekannter Reaktionäre demoliert, republikanische Abgeordnete verprügelt und als Geisel festgenommen.

Die Soldaten sympathisieren mit den Massen. Gendarmerietruppen wurden gegen die Arbeiter eingesetzt. Ueberall kam es zu heftigen Straßenkämpfen. In Barcelona errichteten die Arbeiter Barrikaden. Hunderte von Toten und Schwerverletzten werden gemeldet.

Unter dem Druck der Massenbewegung sind die nationalen Gegensätze aufs äußerste zugespitzt. Die nationale Bourgeoisie in Katalonien und im Baskenlande sieht sich angesichts der drohenden Haltung der Massen gezwungen, mit Madrid über die Bildung selbständiger autonomer Republiken zu verhandeln. Das Ziel ist zunächst, Zeit zu gewinnen. Die Massen fordern stürmisch die sofortige Proklamierung der nationalen Unabhängigkeit Kataloniens und der baskischen Provinzen.

Die Lage verschärft sich von Stunde zu Stunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0001

Parteien und Vereinigungen, also der Nazis, des Stahlhelms usw. nicht verboten werden sollen.

Dieser ungeheuerliche Erlaß der Thüringer Regierung ist im Einverständnis mit den SPD-Führern erlassen worden, die bereits zum Ausdruck bringen, daß sie nicht gewillt sind, im Thüringer Landtag für die Aufhebung des Terror-Erlasses zu stimmen. Ja alle Umstände sprechen dafür, daß der Erlaß direkt auf Betreiben der SPD-Führer so gefaßt wurde. Nach dem Sturz des nationalsozialistischen Innenministers Frick haben die Thüringer Regierungsparteien mit der SPD verhandelt, die Unterstützung der Baum-Regierung zusagt. Der allein gegen die KPD gerichtete Terror-Erlaß ist zweifellos die Erfüllung eines Wunsches der SPD-Führer, die mit den Mitteln des faschistischen Terrors die kommunistische Bewegung bekämpfen.

Der ganzen deutschen Arbeiterklasse muß gesagt werden, daß wie in Thüringen auch in den übrigen Ländern der faschistische Terrorkurs gegen die kommunistische Bewegung immer mehr verschärft wird, die faschistische Diktaturverordnung wird nur gegen die kommunistische Bewegung angewandt.

Darum, Arbeiter! Verstärkt den Kampf gegen den Ausnahmezustand, gegen die Diktaturverordnungen der Brüning-Severing! Nehmt in allen Betrieben und proletarischen Organisationen Stellung und erhebt laut euren Protest! Klärt insbesondere die bisherigen SPD-Arbeiter über die Rolle der sozialfaschistischen Führer auf, gewinnt die politisch ehrlich denkenden SPD-Arbeiter für die rote Einheitsfront! Schart euch fester um die KPD, um die RGO, tretet in Massen als Mitglieder bei! Gestaltet den 1. Mai zu einem wuchtigen Kampftag gegen die Urheber der faschistischen Diktatur-Verordnung. Rüstet zum Massenstreik und zu gewaltigen roten Demonstrationen am 1. Mai.

5 Wochen Landarbeiterstreiks

Halle, den 17. April

Am gestrigen Tage waren fünf Wochen verflossen, seitdem die Landarbeiter in den Nelben in den Streik getreten sind. Es war der erste in der Kette der Landarbeiterstreiks, wie wir sie in diesem Frühjahre in unserem Bezirke erlebt haben.

Was ist das bedeutungsvolle an diesen Streiks? Hatten wir im vergangenen Jahr in der Hauptsache nur im Unterbezirk Torgau und von geringerem Umfang und Dauer im nördlichen Saalkreis Streiks von deutschen Landarbeiter, so sehen wir heute, daß in einer ganzen Anzahl von Unterbezirken die Landarbeiter in den Kampf getreten sind. Das ist außerordentlich bedeutungsvoll.

Aber das wichtigste ist, daß zahlreiche dieser Streiks erfolgreich waren, daß stellenweise die Junker allein durch die Drohung mit dem Streik sich bereit erklärten, nicht nur die alten Löhne weiterzuzahlen, sondern so gar noch darüber hinauszugehen.

Die fünf Wochen seit dem Beginn des Streiks in Nelben haben den großartigen Beweis erbracht, daß die Landarbeiter, die am meisten notleidende Schicht des deutschen Proletariats, sehr wohl zum Kampf, zum Streik gewillt sind, und daß sie nur darauf warten, daß wir ihnen helfen die Streiks zu organisieren. Und unter diesen Umständen wird selbst die Hilfe des kapitalistischen Staates unwirksam, die selbstverständlich den Gutsbesitzern in Gestalt von Polizei zur Verfügung steht, die Streikposten verjagt und ähnliches mehr tut.

Es ist nötig, einige der Erfolge kurz aufzuzählen, die die Frühjahrstreiks den Landarbeitern im Bezirk Halle-Merseburg gebracht haben.

In Könnern bewilligte der Gutsbesitzer Buhlmann nach halbtägigen Streik 5 Pfennig pro Stunde Lohnerhöhung.

Der Unternehmer Göbel in Golbitz bei Könnern bewilligte 3 Pfennig Lohnerhöhung, als die Belegschaft mit dem Streik drohte.

In Strenznaundorf wurde der vollzogene Lohnraub auf Grund der Auswirkungen des Nelbener Streiks zurückgenommen.

In Kreischau bei Weißenfels endete der Streik mit der Zurücknahme des Lohnraubes durch den Unternehmer.

In Großtreben verzichtete der Unternehmer auf die Durchführung des Lohnabbaues unter dem Eindruck des Streikes in Lichtenburg.

In Neuflemmingen, Schulpforta und in Johannisroda verpflichteten sich die Unternehmer, die alten Löhne weiterzuzahlen.

Besondere Erwähnung verdient der Streik in Lichtenburg. Er wird bereits seit dem 23. März geführt. In Lichtenburg war die Hartnäckigkeit, mit der die Landarbeiter den Kampf gegen den unverschämten Lohnraub führen, von Anfang an bis heute noch stärker als in Nelben. Die Landarbeiter denken auch heute noch nicht, nach drei- bzw. fünfwöchiger Dauer des Streikes, daran, von ihren Forderungen abzugehen.

Schon längst wären die Streiks in Nelben und in Lichtenburg siegreich beendet, wenn nicht der Landbund mit seinen großen Mitteln hinter den bestreikten Gütern stehen würde.

Aber schließlich werden die Gutsbesitzer vor der Frage stehen, was ihnen lieber ist, die Freundschaft mit dem Landbund oder die Erhaltung ihrer Wirtschaft; denn es ist klar, daß die bestreikten Wirtschaften trotz der Landbundhilfe je länger desto mehr Schaden nehmen müssen.

Der ungeheure Wert des Frühjahrsstreikes der Landarbeiter liegt nicht allein in den unmittelbaren Erfolgen, die er gebracht hat.

Durch diesen Streik haben breite Massen von Landarbeitern das Kraftbewußtsein wiedergewonnen, das in ihnen durch die den Junkern ergebenen Organisationen, DLV und christlicher Verband, zerstört worden war.

Die Landarbeiter haben sich im Verlaufe dieses Frühjahrsstreiks den roten Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter geschaffen. Die scharfe Waffe hat in entscheidender Weise zu den Erfolgen des Kampfes beigetragen. Jetzt heißt es: alle Kraft dem Ausbau des roten Kampfverbandes! Die Partei, und alle Massenorganisationen, in denen wir Einfluß besitzen, müssen die Hilfe für die Landarbeiter bei dem Aufbau und Ausbau des roten Verbandes als eine ihrer dringlichen Aufgaben betrachten.

Vollkommene Vernichtung des DLV und des christlichen Verbandes. Ueberführung aller Mitglieder in den roten Verband! Jedes Gut eine Gutsgruppe des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter! Auf jedem Gut ein roter Gutsrat!

So werden wir alle beitragen zur gründlichen Vorbereitung des Landarbeiterstreiks in der Ernte. Die Forderungen werden unter anderem lauten: Keinen Abbau der Erntezulage, wie er in dem von August Winnig gefällten Schiedsspruch vorgesehen ist, zu Rücknahme des Lohnraubs überall dort, wo er durchgeführt wurde. Lohnerhöhung für alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen einschließlich Melker, Traktorenführer, Gutshandwerker, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Je rascher wir den Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter in allen Teilen des Bezirks aufbauen, desto umfassender wird der Erntestreik sein,

desto schwerer wird der Schlag sein, den die Junker, den die ganze Kapitalistenklasse durch ihn erhalten werden. Dem Landbund, der Junkerorganisation, wird es unmöglich sein einzelnen Unternehmern wie gegenwärtig dem Hagemann in Nelben und der Domänenpächterin in Lichtenburg den Rücken zu steifen. Und auch die Polizei wird in einem umfassenden Streik der Landarbeiter den Junkern keine wesentliche Hilfe bringen können.

Das sind einige der wichtigsten Lehren, die die Landarbeiter, die alle klassenbewußten Arbeiter aus dem Landarbeiterstreik in diesem Frühjahr und insbesondere aus den jetzt noch andauernden Streiks in Nelben und Lichtenburg ziehen.

Für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung

Die Kommunistische Partei Spaniens für den Siebenstundentag und Lohnerhöhungen, für die Aufteilung des Bodens, für nationales Selbstbestimmungsrecht und für sofortige Räumung Marokkos, für die sofortige Anerkennung der Sowjetunion

Barcelona, 15. April.

Die Kommunistische Partei Spaniens veröffentlicht einen Aufruf, in dem u. a. folgendes enthalten ist:

„Arbeiter! Bildet Fabrikkomitees zur Erkämpfung von Lohnerhöhungen, zur Festsetzung eines Lohnminimus, zur Dekretierung des Siebenstundentages für Erwachsene und des Sechsstundentages für Jugendliche sowie zur Schaffung einer Sozialversicherung auf Kosten des Staates und der Fabrikbesitzer, für Streiks und Versammlungsfreiheit, für die Abschaffung der Schlichtungskomitees.

Landarbeiter! Bildet ebenfalls Komitees, die für die Herabsetzung der Arbeitszeit und für die Anwendung der Unfallversicherungsgesetze auch für die Landarbeiter kämpfen sollen.

Arbeitende Bauern! Wir fordern die sofortige Enteignung der großen Latifundien als auch deren Verteilung ohne Entschädigung der Abzahlung der Hypothekarschulden sowie alter Lasten, die euch bedrücken."

Für die unterdrückten nationalen Minderheiten in Katalonien, Galicie und Vascogne fordert die Partei das Selbstbestimmungsrecht bis zur Losreißung vom spanischen Staate, wenn sie es wollen.

Außerdem fordert die Partei die sofortige Räumung Marokkos und erklärt sich solidarisch mit den unterdrückten Völkern der Kolonien.

Zum Schluß fordert die Kommunistische Partei die sofortige diplomatische Anerkennung der Sowjetunion.

Die Kommunistische Partei Spaniens warnt die Arbeiter und Bauern vor den Illusionen des Bourgeois-Republikanismus, vor der Illusion, daß die Konstituierende Nationalversammlung ihre Forderungen erfüllen könnte und wollte.

„Nicht eine bourgeois-sozialistische Koalitionsregierung, sondern eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung muß die Losung der Werktätigen Spaniens sein."

400 Rekruten demonstrieren gegen den Henker Pilsudski

Kattowitz, 16. April. (Eig. Drahtm.)

Die Stadt steht unter dem Eindruck eines ernsten politischen Ereignisses. Heute mittag zogen 300 bis 400 Rekruten, die zum Militärdienst einberufen wurden, mit roten Fahnen und dem Gesang revolutionärer Lieder und den Rufen: „Nieder mit dem Henker Pilsudski!", „Nieder mit der faschistischen Diktatur!" vom Bahnhof durch die Straßen der Stadt.

Die werktätige Bevölkerung bezeugte den jungen Soldaten lebhaft ihre Sympathie. Das Bürgertum ist bestürzt. Die Behörden sind bemüht, ein Bekanntwerden der Vorgänge im Lande zu verhindern.

Höchster Alarm in der Chemie!

Halle, den 17. April.

Wie wir erfahren, haben am Mittwoch, dem 15. April, in Leipzig für die Gruppe Chemie, Sektion 5 b, Lohnverhandlungen stattgefunden, die wiederum ergebnislos verlaufen sind. Sicherem Vernehmen nach werden diese Verhandlungen am Montag, dem 20. April, in Berlin vor dem Haupttarifamt im Beisein eines Schlichters fortgesetzt. Die Chemiekönige bestehen auf einem 6-prozentigen Abbau aller Tariflöhne und zwar sollen die Löhne für Gelernte von 1,05 Mark auf 1,— Mark, für Ungelernte von —,945 Mark auf —,90 Mark, für Ungelernte von —,84 Mark auf —,80 Mark, und für Frauen von —,56 Mark auf —,53 Mark die Stunde abgebaut werden. Kommt am Montag in Berlin keine Einigung zustande, dann soll gleich ein Schiedsspruch gefällt werden.

Diese Meldung bedeutet **höchster Alarm für alle mitteldeutschen Chemiebetriebe.** Beruft sofort Belegschaftsversammlungen ein, wählt vorbereitende Kampfleitungen und faßt Kampfbeschlüsse. Tretet bei dem geringsten Versuch des Lohnraubs sofort in den Streik!

Keinen Handschlag mehr bei diesen Hungerlöhnen!

Zusammenbruch der Giftgashetze

Die Giftgashetze gegen die RGO ist eben zusammengebrochen, nur die SPD-Presse versucht krampfhaft, die Lügenkampagne fortzuführen. In den letzten Tagen wurde ein Bericht des Frankenthaler Untersuchungsrichter verbreitet, der die tollsten Kombinationen enthält. Eigenartigerweise wurde dieser phantasievolle Artikel von einem Teil der Presse als Bericht der IG-Farbendirektion bezeichnet, die nun aber doch nicht die Verantwortung für das Elaborat tragen will. Das „Berliner Tageblatt" muß nämlich in seiner Morgenausgabe vom 16. April folgende Zeilen bringen:

„Die in unserem Abendblatt am Dienstag abgedruckte Erklärung zu den Verfolgungen wegen Werkspionage stammt nicht, wie es bei uns infolge eines Hörfehlers hieß, von der Ludwigshafener Werksdirektion, sondern von dem die Untersuchung führenden Gericht. Um so mehr muß man über die Verschwommenheit eines Teiles der Verdächtigung staunen."

Das ist das Geständnis, daß nicht eine der erhobenen Verdächtigungen irgendwie begründet werden kann.

Es ist klar, daß trotzdem die politischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die RGO verschärft werden, nur die Gegenwehr der Arbeitermassen kann diese Offensive des Klassenfeindes zum Scheitern bringen.

Internationale Solidarität

Verstärkter Polizeiterror gegen die Streikenden in Nelben

(Eig. Ber.) Könnern, 16. April.

Am gestrigen Tage kamen auf dem Bahnhof in Könnern drei polnische Landarbeiterinnen an, die für das bestreikte Gut des Junkers Hagemann in Nelben bestimmt waren. Als sie durch einige Arbeiter erfuhren, daß auf dem Gute gestreikt wird, erklärten sie, daß sie die Arbeit nicht aufnehmen würden. Da sie jedoch kein Geld hatten, um zur Arbeitsvermittlung in Halle zurückzukehren, ging eine auf den Gutshof. Sie wurde dort festgehalten und in Könnern erschienen Landjäger, die die anderen beiden polnischen Arbeiterinnen, obgleich sie — wie sie den Arbeitern erklärt hatten — die Arbeit auf dem Gute in Nelben nicht aufnehmen wollten, zum Gute Hagemann brachten.

Heute früh erschienen drei Landjäger, die die Streikposten verhafteten und zum Gemeindevorsteher brachten.

Dort erklärte einer der Landjäger, die Belegschaft sei nicht mehr berechtigt zu streiken, denn sie hätte keine Forderungen mehr, was den Tatsachen direkt widerspricht. Als die Arbeiter zum Gute zurückkamen und mit den Streikenden sprachen — die Streikenden stellten gerade fest, daß sie alle noch Forderungen an Hagemann haben —

kamen wieder die Gendarmen, fragten, ob diese „Versammlung" angemeldet sei und jagten die acht Arbeiter auseinander.

Auch diese beiden Tage des Streiks in Nelben haben den Beweis dafür erbracht, daß die Streicher-Polizei dem Junker Hagemann besteht, der bis zum heutigen Tage noch nicht den Arbeitern den ihnen vorenthaltenen Lohn ausbezahlt hatte.

Die Arbeiter allesamt müssen den Streik unterstützen dadurch, daß sie überall für die Stärkung des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter sorgen.

Sozialdemokratische Frauen, was sagt ihr dazu?

Worte und Taten der SPD

Worte:	Taten:
„In Rußland, Polen, Litauen, Italien herrscht die Diktatur des Bolschewismus und Faschismus. Beide Methoden sind Todfeinde freiheitlicher und friedlicher Entwicklung ... Die Politik der Bürgerblockregierung Brüning hat Kurs auf den Faschismus genommen, Vermehrung der Anforderung für Heer und Marine; Verminderung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke ist die Parole. („Vorwärts" v. 18. 5. 1930, v. d. sozialdemokr. Reichstagsabgeordneten Marie Luchacz.)	**Am 6. Dezember 1930 stimmten die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Artikel 48-Notverordnung der Brüning-Diktatur betr. Ledigensteuer, Kopfsteuer, Gemeindegetränkesteuer, Abbau der Kriegsversorgung, Krankenschein- und Rezeptgebühr. — Am 25. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten für den Gesamtetat der Brüning-Regierung und lehnten einen Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung Brüning ab.**

Sozialdemokratische Wählerin! Bist du mit der Politik der SPD-Führer einverstanden? Ist das dein Wille und dein Interesse? Denke darüber nach und urteile selbst.

Kannst du noch länger einer Partei des berufsmäßigen Arbeiterverrats angehören? Ist es nicht vielmehr deine Pflicht, Schluß zu machen mit einer solchen Partei und den einzigen revolutionären Weg zur Kommunistischen Partei zu gehen?

„Unser Volksbegehren"

Die Faschisten haben in Halle Hochbetrieb bei ihrem betrügerischen Volksbegehren. Die Zahl der Eintragungen in die Listen soll sich auf 33 245 erhöht haben.

Die revolutionären Arbeiter beteiligen sich insofern an diesem Volksbegehren, als daß sie mit verstärkter Propaganda für den Massenstreik am 1. Mai antworten, mit verstärkter, unermüdlicher Aufklärung unter den irregeführten, kleinbürgerlichen Schichten, mit verstärkter Arbeit für die Bildung der Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung, mit verstärkter Werbung für die Kommunistische Partei und ihre Presse. Für den revolutionären Arbeiter heißt die Parole:

„Weder Stahlhelm noch Schupohelm in Preußen!"

Verboten!

Berlin, 17. April. (Eig. Drahtm.)

Die gestern abend von der Roten Hilfe in den Pharussälen veranstaltete Protestkundgebung gegen die willkürliche Verhaftung von Gustl Sandner und der anderen Weddinger Arbeiter ist auf Grund der Notverordnung von Grzesinski polizeilich gesprengt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0002

Barrikadenschlacht in Barcelona

Erbitterte Straßenkämpfe in allen Industriezentren — Kasernen und Gefängnisse gestürmt — Republikanische Abgeordnete von den Massen verprügelt — Der Generalstreik verbreitert sich

Barcelona, 16. April. Seit gestern abend tobt in Barcelona eine blutige Straßenschlacht. Die Arbeiterschaft hat geschlossen die Arbeit niedergelegt. Alle Betriebe liegen still mit Ausnahme der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke. Der ganze Verkehr ist eingestellt. Der General streik wird geführt von den revolutionären Gewerkschaften.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben den 24-stündigen Generalstreik, den sie gestern unter dem Druck der Massen, angesichts des gewaltigen Elans der revolutionären Massenbewegung proklamiert hatten, abgeblasen. Aber kein Arbeiter befolgt ihre Parolen.

Aus einem Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Arbeitern und Polizei entwickelten sich erbitterte Straßenkämpfe, die bis zur Stunde andauern. In den Arbeitervierteln wachsen Barrikaden aus dem Boden. Die Behörden verhängten den Belagerungszustand.

Kasernensturm in Sevilla

In Sevilla kam es heute zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern, die Gefangene zu befreien versuchten und Gendarmerietruppen. Die Gendarmen wurden von den Arbeitern nach mehrstündigem erbitterten Kampf mit Pflastersteinen in die Flucht getrieben. Unter den Toten und Schwerverletzten befinden sich mehrere Gendarmen. Der Belagerungszustand wurde verhängt.

Am Nachmittag stürmten die Massen mehrere Kasernen und eroberten zahlreiche Waffen. Die Kämpfe verschärfen sich von Stunde zu Stunde.

Gefangene meutern

WTB. **Valencia**, 16. April. Heute vormittag brach hier im Zellengefängnis eine Meuterei aus. Die Behörden und die Gefängniswache bemühten sich, die Häftlinge zur „Botmäßigkeit" zurückzuführen, aber diese liefen in den Hof des Gefängnisses hinunter. Unterdessen trafen die Verstärkungen der Gefängniswache ein und außerdem die Delegierten des republikanischen Ausschusses, Fernando Valero, Sigfredo Blasco und Julio Just. Diese forderten die Häftlinge unter Zusicherung der Straflosigkeit auf, sich zu ergeben. Die Häftlinge bemächtigten sich aber der Delegierten und erklärten, sie würden letztere nicht eher freilassen, als bis man ihnen die Freiheit wiedergebe.

Inzwischen trafen weitere Verstärkungen mit Tränengas ein. Dies wurde aber nicht benutzt, weil man befürchtete, daß auch die republikanischen Delegierten, die sich in der Gewalt der Gefangenen befanden, darunter leiden könnten.

Der Leiter des Gefängnisses rief nun telephonisch in Madrid bei der Regierung an, die sich damit einverstanden erklärte, daß man die Gefangenen einstweilen freilasse.

In Brand gesteckt

Paris, 16. April. Wie Havas aus Madrid berichtet, kam es in Malaga zu ernsten Unruhen. Die Menge zerstörte die Redaktionsräume der Zeitung La Union Mercantil und steckte das Gebäude in Brand. In Bilbao wurden die Gefängnisse gestürmt und alle Gefangenen befreit. In Huelva ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei, bei dem ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Havas meldet aus San Sebastian, gestern früh sei eine Statue der Königin Marie Christine mit abgeschlagenem Kopf aufgefunden worden.

Ein provisorisches Verfassungsstatut

Die republikanische Regierung veröffentlicht im amtlichen Organ ein provisorisches Verfassungsstatut, das den reaktionären Charakter der neuen Statsgewalt widerspiegelt. Die Regierung proklamiert Gewissensfreiheit, Glaubensfreiheit und Kultfreiheit, sie anerkennt die reformistischen Gewerkschaften, garantiert die Unverletzlichkeit des Privateigentums und kündigt einige politische Prozesse zur Ablenkung der Massen an. Angesichts der tiefen Agrarkrise und des Landhungers der Bauernmassen stellt sie als „Grundsatz" auf, „daß das Landwirtschaftsrecht eine besondere Beachtung verdient".

Der neue Innenminister kündigt schärfste Maßnahmen gegen „Ausschreitungen" an.

Die Abschiedskundgebung des Königs, die heute veröffentlicht wurde, enthält die Erklärung, daß der König auf seine Rechte nicht verzichtet, sondern den günstigen Augenblick abwarte, um die Macht wieder anzutreten.

Die spanische Revolution und die Aufgaben der Kommunisten

Die „Prawda" schreibt zu den Ereignissen in Spanien:

„Die spanische **Monarchie** ist unter den Schlägen der schweren Krise sowie der revolutionären Bewegung zusammengebrochen, die das ganze Land erfaßt hat. Die Finanzoligarchie läßt König Alfons im Stich, um sich durch die Revolution zu retten. Sie stellt die Republikaner und Sozialdemokraten ans Ruder, um ihre erschütterte Herrschaft zu festigen.

Spanien ist **eines der schwächsten Glieder** im System der europäischen imperialistischen Staaten. Daher hat die Weltwirtschaftskrise hier besonders schwere Folgen und führte zum Verfall des ganzen bürgerlichen Herrschaftsapparates, zur tiefsten Erregung und Gärung der ausgebeuteten Massen. Die Wirtschaftskrise verstärkte die nationalrevolutionäre Bewegung Katalaniens und der baskischen Gebiete, verschärfte noch mehr alle Widersprüche des Regimes.

Die **bürgerliche Republik** wird diese grundlegenden Widersprüche nicht zu lösen vermögen, ebenso wie sie die Monarchie nicht lösen konnte. Die **republikanischen und sozialdemokratischen** Minister werden den Bauern keinen Boden, den Arbeitern kein Brot und keine Sozialversicherung, dem katalonischen und baskischen Volk keine nationale Befreiung geben. Die Republikaner, Sozialdemokraten und Anarchisten wollen im Bewußtsein der Volksmassen demokratische Illusionen züchten, die Aufmerksamkeit vom Klassenkampf ablenken.

Lächerlich ist der Glaube, die Republikaner könnten in Spanien die **bürgerlich-demokratische Revolution** vollziehen, die Ueberreste des Feudalismus liquidieren, die Macht der Kirche brechen usw. Das moderne Spanien ist mit mittelalterlichen Elementen so eng verflochten, daß die Bourgeoisie nicht imstande ist, ohne den alten Apparat auszukommen. Der **monarchistische Apparat** ist das einzige Mittel, mit dessen Hilfe der spanische Kapitalismus seine Herrschaft zu retten hofft, und die Republikaner denken nicht an seine Zerstörung, sondern nur an eine **Neuaufrichtung der Fassade.** Die Liberalen können den Volksmassen nur nebensächliche Reformen anbieten. Ueber Agrarfrage, Sozialversicherung und all die brennenden Probleme der Gegenwart schweigen sie sich aus. Was die republikanischen Führer am meisten fürchten, ist das Erscheinen der **Massen** auf den Straßen. Ihre ganze Phraseologie ist dazu bestimmt, die Bewegung der Massen zu sabotieren.

Die KP. Spaniens ist die einzige Kraft, die die revolutionären kampfbereiten Massen gegen das alte Regime in republikanischer Einkleidung zum Kampf um die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern organisieren und führen kann. Jedoch hat die Partei bisher nicht verstanden, zum Mittelpunkt des Zusammenschlusses der Volksmassen zu werden. Die KP. Spaniens muß die heranwachsenden revolutionären Ereignisse ausnützen, ihre ganze Kraft auf die Entlarvung der wirklichen Rolle der Republikaner aller Sorten vor den Massen und zum Kampf gegen sie, gegen ihre sozialistischen und anarchistischen Agenten konzentrieren, die bestrebt sind, die revolutionäre Bewegung des Proletariats für ihre Klassenziele auszunützen, sie zum Anhängsel der „linken" bürgerlichen Bewegung zu machen.

Innerhalb der KP. ist ein energischer Kampf gegen die Hauptgefahr, den rechten Opportunismus, notwendig. Die rechten Opportunisten sehen in den Republikanern eine fortschrittlich-revolutionäre Kraft und werden zweifellos versuchen, die Partei zur Unterstützung der republikanischen Regierung zu drängen. Auch die „linke" sektiererische Abweichung, die Ueberreste des Anarcho-Syndikalismus, müssen bekämpft werden, die gegenüber der bürgerlichen republikanischen Bewegung das passive Verhalten vertreten.

Unter diesen Verhältnissen wird die noch schwache Kommunistische Partei Spaniens, unter Ausnutzung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Bewegung, im Bewußtsein ihrer großen historischen Verantwortlichkeit imstande sein, sich rasch zu einer Massenpartei zu entwickeln und um ihre Fahne Millionenmassen Werktätiger zu organisieren, sie zum Kampf um die spanische Räterepublik führen.

Regierungskrise in Oesterreich

Wien, 16. April. Ueber Nacht ist eine neue Regierungskrise in Oesterreich ausgebrochen. Der Minister für soziale Fürsorge, der Christlichsoziale Resch, hat demissioniert, da die von ihm vertretene Vorlage zur Reform der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, welche eine völlige Zertrümmerung dieser Einrichtungen vorsieht, von den Gewerkschaften aller Richtungen in der Arbeitskammer abgelehnt wurde. Damit ist aber auch die Krise der gesamten Regierung eingeleitet.

Hungerstreik in Ungarn

Aus Budapest wird gemeldet: Im Gefängnishof des Budapester Gerichtsgefängnisses kam es am 10. d. Mts. beim Spaziergang der Gefangenen anläßlich von Brutalitäten eines besoffenen Wärters zu stürmischen Protestkundgebungen der Gefangenen. Die Kundgebung dauerte so lange, bis die Aufseher die revolutionären Arbeiter einzeln in ihre Zellen untergebracht hatten. Sämtliche 56 Arbeiter, die sich in diesem Gefängnis befinden, wurden mit einem Monat Disziplinararrest bestraft. Darauf traten die Gefangenen in den Hungerstreik. Sie forderten die Aufhebung der Disziplinarstrafe und menschenwürdige Behandlung. Zur Brechung des Hungerstreiks läßt die Gefängnisverwaltung die Gefangenen nicht einmal mit ihren Verteidigern sprechen.

Wahlerfolge der KP. Frankreichs

Paris, 15. April. Bei den am 12. April in Frankreich stattgefundenen Teilwahlen konnte die Kommunistische Partei Frankreichs beträchtliche Erfolge erringen.

Bei der Ersatzwahl zum Parlament im Wahlbezirk Béthune (Departement Pas de Calais) stieg die kommunistische Stimmenzahl von 3669 im Jahre 1928 auf 5814, während der sozialdemokratische Kandidat, der als einziger Kandidat der Bourgeoisie aufgestellt war, 1000 Stimmen weniger erhielt als im Jahre 1928. Auf diesen sozialdemokratischen Kandidaten der Bourgeoisie entfielen 12 436 Stimmen. Dieses für die KPF. günstige Wahlergebnis ist als erste Antwort der von den Reformisten verratenen Bergarbeiter zu werten.

Bei den Bezirkswahlen von Saint-Quen ging die KP. als stärkste Partei aus dem Wahlgang hervor. Es erhielten die Kommunisten 1635 Stimmen, die Linksrepublikaner 1633, die Rechtskommunisten 1549 und die Sozialdemokraten 566 Stimmen. Trotz der Spaltung konnten die Kommunisten ihre Stimmenzahl um annähernd 100 vermehren.

Bei den Gemeinderatswahlen im Pariser Vorort Alfortville erhielt die kommunistische Liste 2141 Stimmen (gegen 1899 im Jahre 1929) und die Sozialdemokraten 1157 Stimmen gegen 1873 im Jahre 1929.

Hitler treibt seine Leute zum Selbstmord. In Brandenburg a. d. H. beging der Expedient Köhler, einer der eifrigsten Hitlerleute, Selbstmord. Er hatte, wie viele andere bisherige Anhänger der NSDAP., gegen den kapitalistischen Kurs der Hakenkreuzler Front gemacht und wurde von der Hitlerbonzokratie wütend verfolgt. Er sah keinen anderen Ausweg, als seinem Leben ein Ende zu machen.

Sensationelle Enthüllungen des „Jungdeutschen"

Französische Agenten in Deutschland

Wieder eine Verschwörung gegen die Sowjetunion — Briands politische Spionageorganisation Landesverräterische Umtriebe einflußreicher deutscher Kreise

In der Nr. 83 des „Jungdeutschen" macht der Reichstagsabgeordnete August Abel in Verbindung mit der geplanten deutsch-österreichischen Zollunion sensationelle Ausführungen über die europäische Außenpolitik der Imperialisten. Dabei werden gegen bestimmte Kreise in Deutschland schwerste Beschuldigungen erhoben. Wir zitieren:

„Die ganze, von Briand und seinen uns bekannten Vertrauensmännern in Deutschland aufgezogene Privatorganisation ist angewiesen worden, jede, auch die kleinste politische Gruppe in Deutschland auf ihre Russenfreundlichkeit oder ihre Russenfeindlichkeit hin zu prüfen und sie im französischen Sinne zu beeinflussen...

Weil die Franzosen die Erneuerung des Rapallovertrages fürchten, deshalb versuchen sie, als diplomatische und politische Gegenaktion Sowjetrußland mit allen Mitteln zu diskreditieren und einen politischen und militärischen Ring um Rußland zu legen. Mit Rumänien fängt die Sache an, und wir sind in der Lage, darüber folgende Einzelheiten mitzuteilen ..."

Es folgen dann Ausführungen über die verschiedenen Strömungen in Rumänien, die Rolle Deterdings und des rumänischen Ministerpräsidenten Titulescu. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Dagegen hat Titulescu bereits von der französischen Regierung die Anweisung bekommen, möglichst bald eine Diktatur in Rumänien mit ausgesprochen antirussischer Tendenz zu errichten."

Geradezu an die Adresse des Reichsanwalts gerichtet sind dann die nachstehenden schweren Beschuldigungen, die das Blatt erhebt:

„Wie wir aus London hören, hat der französische Journalist Sauerwein (ein besonderer Freund unserer Demokraten. D. Red.) dem französischen Generalstab mitgeteilt, eine deutsche, einflußreiche, aber nicht amtliche Stelle habe sich ihm angeboten, laufend eine gute Orientierung über die russischen Verhältnisse zu liefern. Diese Stelle habe ihm, Sauerwein, weiter vorgeschlagen, die zahlreichen, gegen Sowjetrußland arbeitenden Organisationen unter französischer Leitung in ein Zentralkomitee zusammenzufassen."

Die deutschen Arbeiter werden sich an die letzten Prozesse gegen die Industriepartei und die Menschewisten in Moskau erinnern. Diese Ausführungen bestätigen ihnen, daß die Imperialisten dadurch keineswegs eingeschüchtert worden sind, sondern schon wieder drauf und dran sind, ein **neues Zentralkomitee der europäischen antibolschewistischen Verschwörer** zu bilden.

Bisher wurden diese Ausführungen weder von sozialdemokratischen noch von bürgerlichen Zeitungen wiedergegeben. Das ist um so bemerkenswerter. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sich eine Staatsanwaltschaft mit diesen Dingen etwas näher beschäftigen wird. Denn dafür handelt es sich um zu hochstehende Kreise.

Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen: Der „Jungdeutsche" ist nicht etwa plötzlich zu einem begeisterten Anhänger der Sowjetunion geworden. Er selbst gibt die Begründung, warum er diese Veröffentlichung macht, indem er schreibt, daß „eine Unterstellung unseres antibolschewistischen Kampfes unter eine französische Leitung gänzlich ausgeschlossen ist."

Es handelt sich also offenbar um einen sehr gewichtigen Streit der Antibolschewisten untereinander, wer bei dem Feldzug gegen die Sowjetunion die führende Rolle spielen soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Attentate, Sprengungen, grauenhafte Massenmordpläne Kürtens

Kürten: „Ich wollte die ganze Familie umbringen"

Die Polizeidummheiten werden vertuscht — Zeugenvernehmungen mit aufregenden Zwischenfällen — Aus unbekannten Sachverständigengutachten — Neue furchtbare Geständnisse Kürtens

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 16. April. Heute am 4. Verhandlungstage des Kürtenprozesses ist schon deutlich die Regie spürbar, die mit peinlicher Gewissenhaftigkeit die Enthüllung der Polizeiblamage in der Voruntersuchung der Mordfälle zu vermeiden versucht. Die Kriminalbeamten werden nur über die konkreten Details, die Lage der Opfer und die Art der Stichverletzungen vernommen, nicht aber über die unzähligen Fehler, die im Anschluß an die Morde durch die Düsseldorfer Kriminalpolizei zu jenem seltsamen Zustand geführt haben, daß Kürten über ein Jahr lang sein Mordhandwerk ungestört ausüben konnte. So ist bis jetzt die Frage vermieden worden, ob er auch die Schlingenüberfälle durchgeführt habe. Denn diese Frage würde mit zwingender Notwendigkeit zum Komplex Staußberg führen.

Ein Kuriosum der Kriminalgeschichte ist es wohl, daß die Staatsanwaltschaft die Glaubwürdigkeit des Angeklagten zu beweisen versucht, während der Verteidiger sie bezweifelt.

Falsche Spuren

Kommissar E.: „Wir wurden an einem Morgen alarmiert und ich fuhr mit einem Ueberfallkommando zum Hellweg. Im Straßengraben lag Scher. Zuerst nahmen wir an, er sei das Opfer eines Autounglücks. Als wir ihn näher untersuchten, fanden wir die Stiche. Der Ermordete hatte einen kranken Sohn, den wir zuerst im Verdacht hatten. Aber auch bei der Kontrolle der Bekanntschaft Schers kamen wir nicht zu unserm Ziele."

Der nächste Zeuge, ein Polizeiwachtmeister, hat am Vormittag des Mordtages Kürten auf dem Hellweg getroffen, der zu ihm sagte: „Ich habe telephonisch gehört, daß hier in der Nähe ein Mord passiert ist. Wissen Sie darüber etwas näheres?" Kürten bestätigte, daß er mit diesem Polizeiwachtmeister gesprochen habe.

Vorsitzender: „Herr Kriminalrat Mombert, können Sie uns noch etwas über Kürtens Geständnis im Falle Scher sagen?"

Mombert: „Zuerst standen wir Kürtens Geständnis sehr skeptisch gegenüber, weil wir Staußberg noch für schuldig hielten. Als er uns aber dann Details erzählte, wurden wir in unserer Meinung schwankend."

Dann folgt der Fall Hahn. Zuerst wird eine große Anzahl Freundinnen der Maria Hahn vernommen. Darauf wird die Schaufel in den Saal gebracht, mit der Kürten Maria Hahn begraben hat. Zwei Zeugen, der eine, der sie aufgefunden hat, und der andere, der der Polizei zuerst Mitteilung machte, erkennen die Schaufel mit Bestimmtheit wieder.

Zeugin H.: Ich kannte die Hahn und habe sie an dem betroffenden Sonntag in der Stindermühle getroffen. Das Mädchen begann zu schluchzen.

Vorsitzender: Na, das ist ja weiter nicht aufregend. Das Mädchen weinte weiter.

Vorsitzender: Erkennen Sie den Mann nicht wieder?

Ich habe sie nicht so genau beobachtet.

Eine zweite Zeugin hat am Nebentisch Kürtens gesessen. Vorsitzender: Warum ist Ihnen denn das Paar aufgefallen?

Sie hatten beide Rotwein bestellt, und er war übertrieben höflich zu ihr. Er streichelte sie dauernd.

Kürten: Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich in der Stindermühle keine Zärtlichkeiten mit der Hahn ausgetauscht habe.

Frau K.: „Kürten hat mich einmal auf der Straße angesprochen. Wir sind ins Gespräch miteinander gekommen und er war sehr nett zu mir. Ich bin Witwe mit zwei Kindern und glaubte in Kürten einen Freund gefunden zu haben. Er kam öfter in unsere Wohnung und ich habe ihn manchesmal mit den Kindern allein gelassen. Er hat mir eine Adresse angegeben. Aber als ich mich einmal umsah, stellte ich fest, daß die Sache nicht stimmte. Er hat zu mir gesagt, er wäre unverheiratet und hat mir auch Heiratsversprechungen gemacht.

Vorsitzender: „Stimmt das?"

Kürten: „Ja, das stimmt alles.

Ich habe vorgehabt, die ganze Familie umzubringen, die Frau und auch die Kinder und habe mir schon zweimal eine Schere eingesteckt,

als ich zu der Frau gegangen bin, wollte aber damit keinen Mord ausführen. Die Mordgedanken kamen mir immer erst in der Wohnung, wenn ich die Kinder sah. Am Tage meiner Verhaftung bin ich zweimal bei der Frau gewesen."

Zu einem sensationellen Zwischenfall

kam es, als die letzte Zeugin, Frl. Koch, eine der Geliebten Kürtens, zur Vernehmung hereingeführt wird. Sie ist ein einfaches Mädchen, anscheinend Hausangestellte. Langsam geht sie bis zum Vorsitzendentisch. Als sie Kürten sieht, stürzt sie zu Boden und muß ohnmächtig hinausgetragen werden.

Staatsanwalt: Da wir nun auf diese Zeugin verzichten müssen, möchte ich nun dem Angeklagten vorhalten, was sie früher ausgesagt hat. Sie habe ein Verhältnis mit dem Angeklagten, erzähle aber, daß er sie einmal im Grafenberger Wald gewürgt habe.

Kürten (völlig gleichgültig): Die Sache stimmt. Aber die Oertlichkeit ist nicht richtig angegeben. Ich habe das Mädchen gewürgt, und als sie laut geschrien hat, habe ich von ihr abgelassen.

Staatsanwalt: Haben Sie ihr ebenfalls Heiratsversprechungen gemacht und ihr dafür eine Persianerjacke versprochen?

Kürten gibt das zu.

Darauf wird der Kriminalrat Schneikert, der Schriftsachverständige aus Berlin, der die Mörderbriefe geprüft hat, vernommen. Er hält ein langatmiges Kolleg und muß vom Vorsitzenden mehrere Male unterbrochen werden. Schneikert stellt altbekannte Tatsachen fest, die verstellte Schrift der Briefe, die mangelhafte Beherrschung der Antiquaschrift und erklärt, daß zwar infolge der verstellten Schrift nur geringe Anhaltspunkte vorhanden sind, diese aber vollkommen einwandfrei mit der Schrift Kürtens übereinstimmen.

Phantastische Mordpläne

Die Sachverständigen, die ja eigentlich entscheidende Momente zur Aufklärung der Ursachen und Gründe für Kürtens Verbrechen bringen müßten, werden erst in den letzten Tagen des Prozesses ihre Aussagen machen. Wir sind aber heute schon in der Lage, aus dem Gutachten des Prof. Sioli folgendes mitzuteilen: Kürten hat dem Professor Sioli erklärt, daß ihm die Bluttaten und einzelnen Morde nicht mehr genügt hätten. Deshalb hat er aufgehört, und sich in der

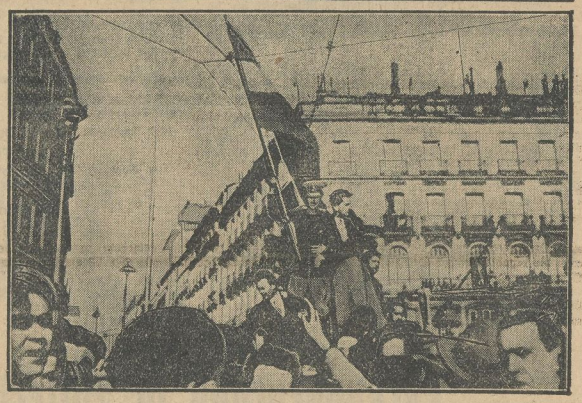
Phantasie mit größeren Massenverbrechen beschäftigt, die er auszuführen beabsichtigt und zwar Eisenbahnunglücke, Warenhaussprengungen, große Attentate, Feuersbrünste, Explosionsunglücke und ähnliches.

Damit will er auch den Zwischenraum zwischen dem Mord an Gertrud Albermann und seiner Verhaftung, bekanntlich ein halbes Jahr, ausgefüllt haben.

Straßendemonstrationen in Madrid

(Bildtelegramm)

Ein Bild von Madrider Straßen am Tage der Revolution



Wieder ein betrügerischer Rechtsanwalt angeklagt

Ehemalige Südwest-Afrikaner um zehntausende Mark geschädigt — Ein Schwindlerkonsortium beisammen — Rechtsradikaler als Betrugskompagnon

Berlin, den 16. April.

Die Staatsanwaltschaft des Landgerichtes I in Berlin hat gegen den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Haver Anklage wegen Betrugs, Untreue und Amtsunterschlagung erhoben. Gleichzeitig sind mehrere Komplicen des Rechtsanwalts, ein Dr. Fiemsch, der frühere Direktor der Goldkreditbank Peine, der Chemiker Dr. Hanach, der Kaufmann Arnemüller und der Geschäftsführer Reif mit angeklagt. In der raffiniertesten Weise verstand es dieses Schwindlerkonsortium, ehemalige südafrikanische Kolonisten um ihre Entschädigungsforderung zu betrügen.

Es wurden folgende Fälle bekannt: Ein Dresdner Kaufmann, Kaiser, hatte gegen die Reichsschuldenverwaltung einen Prozeß gewonnen, durch den ihm 40 000 Mark ausgezahlt werden sollten. Durch Dr. Fiemsch und Peine nahm Rechtsanwalt Haver das Geld für sich in Empfang. Das Geld sollte an Kaiser nach Hamburg, Hotel Reichshof, geschickt werden. Statt Kaiser nahmen es dort Fiemsch und Peine entgegen. Sie behaupten, von Rechtsanwalt Haver zu dem Betrug angestiftet worden zu sein.

Die Not der Kolonialdeutschen benutzte Haver, um sich daran gesund zu machen. Er verkaufte die Forderungen der Kolonialdeutschen, lieferte aber weit geringere Beträge ab, als er erhielt. Gemeinsam mit Dr. Hanach und Arnemüller erwarb er in Woltersdorf ein Terrain. Das Terrain mußte aber erst von einer Hypothek entlastet werden. Das Geld zur Ablösung der Hypothek, etwa 20 000 Mark, verbrauchten Haver, Hanach und Arnemüller für sich.

60 000 Mark erbeutete er in 12 Fällen fortgesetzten Betruges, wobei die Geschädigten wiederum Kolonialdeutsche sind.

Eine besondere Glanznummer bei diesen Betrügereien ist der in rechtsradikalen Kreisen sehr angesehene und bekannte Reif.

Der Fall des Rechtsanwalts Dr. Haver bereichert die fortgesetzte Kette der Unterschlagung und Betrügereien von Notaren um ein weiteres Glied. Ein Beweis, wie weit die moralische Zersetzung im Bürgertum bereits gediehen ist.

Geglückter Raketenflug

Osnabrück, 16. April. Dem Ingenieur und früheren Leiter des Osnabrücker Flugwesens, Reinhold Tiling, der sich bereits jahrelang mit der Lösung des Problems des Raketenflugzeuges befaßt, veranstaltete am Mittwochnachmittag eine Vorführung auf dem Ochsenmoor. Dem Abschuß einer Stahlrakete folgte die Vorführung der von Tiling konstruierten Postflugrakete.

Diese Rakete erreichte eine Höhe von etwa 1500 Meter, wo sich die Tragfläche planmäßig entfaltete und die Rakete in Gestalt eines Segelflugzeuges im kurvenreichen Segelflug unversehrt zur Erde zurückkehrte. Bei einem zweiten Abschuß kam die gleiche Rakete wieder unversehrt zur Erde zurück. Nach einem dritten Versuch landete sie nach langem Segelflug in etwa 1 Kilometer Entfernung von der Abschußstelle. Schließlich hatte auch der Abschuß einer sogenannten Personenflugrakete ein günstiges Ergebnis. Mit dem Ende der Auftriebskraft entfaltete sich in großer Höhe die breite Tragfläche und ließ die Rakete fallschirmartig unversehrt zur Erde zurückkehren.

„Wir erfrieren!"

SOS.-Rufe aus der Arktis

Russische Funkstationen fingen in den letzten SOS.-Rufe aus arktischen Gegenden auf. Mit großer Mü... gelang es, die größtenteils verstümmelten Rufe zu entziffern. Sie enthielten die Worte: **„Wir erfrieren, wir warten auf Hilfe."** Nach Feststellungen von sowjetrussischen Stellen befinden sich keine russischen Flieger oder Expeditionen im Eismeer. Man nimmt an, daß es sich um Walfischfänger oder ausländische Flieger handeln muß, denn die russischen Kolonien in der Arktis verfügen nur über Kurzwellensender.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0004

Rüstet zum Weltkampftag

1. Mai: Politischer Massenstreik!

Kein Rad darf sich drehen — Marschiert auf unter den Fahnen des Kommunismus — Formiert die Kampfbataillone gegen faschistische Diktatur und Lohnraub — Nehmt in Betrieben Stellung zum Massenstreik — Rote Betriebsräte und Vertrauensleute an die Spitze!

Telegramm an die Betriebe

Alle Betriebsgruppen der RGO haben unverzüglich die Belegschaften zur Stellungnahme zum 1. Mai und zum Weltkampftag der Arbeiterklasse zu veranlassen. Belegschaftsversammlungen sind sofort durchzuführen. Zur Abstimmung muß gestellt werden: Völlige Arbeitsruhe, geschlossene Teilnahme der Belegschaft an der Kampfdemonstration der revolutionären Arbeiterschaft. Resultate der Abstimmung sind sofort der „Klassenkampf"-Redaktion mitzuteilen. Des weiteren sind Mai-Kampfausschüsse (wirkliche Einheitsfrontorgane) in allen Betrieben zu schaffen.

Genossen, handelt, entwickelt Initiative. Am 1. Mai muß der politische Massenstreik durchgeführt werden gegen Lohnraub und faschistische Diktatur, gegen imperialistische Kriegsrüstungen, für den Schutz der Sowjetunion.

Formiert die roten Kampfbataillone der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen! Es lebe das kommende freie sozialistische Deutschland!

Bezirkskomitee der RGO

Die Kumpels marschieren mit uns

Weiterer Vormarsch der RGO im Bergarbeiterverband

A.-K. In Mücheln fand im Gewerkschaftshaus eine Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes statt, die vom zweiten Zahlstellenleiter, Kamerad Schewe, eröffnet wurde. Eine Anzahl von Mitgliedern waren erschienen, und Kamerad Schewe teilte mit, daß der erste Zahlstellenleiter verhindert ist, er deshalb die Versammlung eröffne. Er teilte ferner mit, daß er aus dem Verbande ausgeschlossen worden sei, auf Antrag der Geschäftsstelle Merseburg. Die Bürokratie begründet die Maßnahme damit, weil Schewe Mitglied der RGO sei. Nach seinen Ausführungen stellte Kamerad Schewe den Antrag, abstimmen zu lassen, ob die Anwesenden ihm weiter das Vertrauen aussprechen. Mit Mehrheit wurde das beschlossen und Genosse Schewe erteilte sodann dem Genossen Liskedi, als Vertreter der RGO, Industriegruppe Bergbau, das Wort zum kommenden Lohn- und Knappschaftsraub. Ausführlich wurde diese Frage behandelt und gleichzeitig wurden die Beschlüsse aufgezeigt von der ersten Reichskonferenz des Einheitsverbandes der Bergarbeiter und der kommende erste rote Verbandstag im Ruhrgebiet.

In der Diskussion vertraten eine ganze Reihe von Kameraden zustimmende Auffassungen. Alle betonten, daß der Genosse Schewe weiter zweiter Vertrauensmann bleibt und daß nicht die Bürokratie als solche einfach bestimmen und Mitglieder ausschließen kann. Sie verpflichteten sich, alles daran zu setzen, um die gesamte Zahlstelle zu mobilisieren und geschlossen zusammenzustehen für die RGO wie die oppositionelle Zahlstelle Teuchern. Alle Bergarbeiter fordern sie daher auf, am Sonntag in der Zahlstellenversammlung zu erscheinen und einzutreten für die Opposition, für den Kameraden Schewe und nicht für Gefs und Wolfram, die offen für einen Lohnraub an den Bergarbeitern eintreten.

Belegschaft des Clothildeschachtes steht zur RGO

A.-K. In Bornstedt fand die erste Belegschaftsversammlung des Clothildeschachtes nach der Betriebsratswahl statt. Ein Vertreter der RGO schilderte die politische Lage, die Durchführung der Brüning-Diktatur und den Lohn- und Knappschaftsraub. Er hob hervor, daß erneut den Mansfeld-Arbeitern Lohnraub droht, indem Feierschichten eingelegt werden sollen und die reformistischen Betriebsräte noch vor der Neuwahl mit der Direktion über die Einlegung von Feierschichten verhandelten.

Dann erstattete der Genosse Buhse Bericht als Mitglied des Arbeiterrates über die Tätigkeit innerhalb des Betriebes. In der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Arbeiter, die klar erkannt hatten, daß nur die RGO die wirklichen Interessen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen vertritt. Sie verpflichten sich, alles einzusetzen, um die Betriebsarbeiter zu mobilisieren und in die nächste Versammlung auch die Frauen mitzubringen. Die Versammlung wählte zwei Delegierte zur Bezirkskonferenz der IG Bergbau. Sie fordert alle Betriebsarbeiter auf, gleichfalls Delegierte zu entsenden.

Holzarbeiter, rechnet ab

Heute Freitag, 20 Uhr, findet im „Volkspark" Halle eine von der Bonzokratie einberufene Versammlung statt. Holzarbeiter, besucht die Versammlung und rechnet mit den sozialfaschistischen Verrätern gründlich ab!

Achtung, Hallische Maler!

Für alle oppositionellen und mit ihnen sympathisierenden Mitglieder des Verbandes der Maler findet eine Versammlung am Montag, dem 20. April 1931, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, statt. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Neues Verbrechen der Zimmerer-Verbandsbürokratie während des Bauarbeiterkampfes

Der Kollege Otto Hartmann, Weißenfels, bisheriger Vorsitzender vom Zentralverband der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen, Zahlstelle Weißenfels, erhielt folgendes Schreiben zugesandt:

„Hamburg, den 10. April 1931.

Herrn
Otto Hartmann,
Beuditz bei Weißenfels,
Vorstadt 18.

Der Zentralvorstand hat in seiner letzten Sitzung noch einmal zu Deinem Verhalten in der jetzigen Lohnbewegung Stellung genommen.

Du hast in der Sitzung der Mandatsprüfungskommission auf dem 8. Außerordentlichen Verbandstag in Hannover die gegen Dich erhobenen Beschuldigungen nicht bestritten. Der Zentralvorstand hat Dich wegen Deines verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Verbande ausgeschlossen. Der Ausschluß wird sofort wirksam und in einer der nächsten Nummern des „Zimmerer" veröffentlicht.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsg. Deutschlands
Schumann."

Welches Verbrechen hat denn der Kollege Hartmann begangen und welche Beschuldigungen hat er nicht abgestritten? Sein Verbrechen und sein verbandsschädigendes Verhalten bestand darin, daß er mit anderen Kollegen auf die Baustelle gegangen ist, um die noch in Arbeit stehenden Bauarbeiter aufzuklären, wie der schändliche Lohnraub der Bauarbeiter abgewehrt werden muß! **Die Mitgliedschaft des ZdZ muß sich mit dem Kollegen Hartmann, der über 20 Jahre freigewerkschaftlich organisiert und einer der aktivsten Funktionäre ist, solidarisch erklären und entschlossen den Kampf führen gegen die Machenschaften der Gewerkschaftsbürokratie.**

Brauereiarbeiter, kämpft gegen Lohnabbau!

Die zweite Lohnraubwelle der deutschen Bourgeoisie geht auch an den Brauereiarbeitern nicht spurlos vorüber. Der Lohntarif ist zum 1. Mai gekündigt. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie wird an den Brauereiarbeitern genau dieselbe arbeiterverräterische Rolle spielen wie an den Arbeitern und Arbeiterinnen der Süßwaren- und Mühlenindustrie.

Die RGO ruft euch zu einer

öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung

am Sonntag, dem 19. April, vormittags 9,30 Uhr, im Lokal Albrecht, Universitätsring.

Bezirkskomitee der RGO
Industriegruppe Nahrung und Getränke.

An alle RGO-Funktionäre u. Landarbeiter

Der Landarbeiter Rudolf Kroll aus Könnern ist nicht Funktionär des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter. Es ist ihm kein Vertrauen zu schenken und besonders kein Material oder Geld auszuliefern. Wo sich dieser Mann sehen läßt, ist er abzuweisen.

General-Vertretung: Georg Baltzer, Leipzig C 1, Kurze Straße 3, Telefon 23928

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0005

HALLE

Freitag, den 17. April 1931.

Adolf der Große mit Hemd und Hose

Das nationalsozialistische Tagesblättchen „Der Kampf" scheint nicht so recht gedeihen zu wollen. Deshalb machen die Hakenkreuzler die krampfhaften Anstrengungen, um dem Kindchen Nahrung zuzuführen. Jedenfalls werden die Werber der Nazis, denen man die bedauernswerte Aufgabe gestellt hat, für das armselige Blättchen neue Bezieher zu holen, fortgesetzt angereizt, um den „Kampf" allzumal unter die Massen zu bringen, was bis jetzt eben noch nicht gelungen ist. Um den Laden in Schwung zu bringen, werden in großer Aufmachung Werbeprämien angekündigt. Die in Aussicht gestellten Preise richten sich selbstverständlich nach den „Leistungen". Bei der Festsetzung dieser Werbeprämien für je eine bestimmte Anzahl neuer Leser hat nun die Schriftleitung des „Kampf" mit erstaunlicher Sachtenntnis eine auffallend richtige Wertschätzung der ausgesetzten Preise walten lassen.

Wir führen nur ein Beispiel an:

7. Hitler-Bild mit Rahmen für 20 Neubezieher.
9. Komplette SA-Ausrüstung: Mütze, Hemd, Hose, Koppel, Schulterriemen **für 45 Neubezieher.**

Wer 20 Leser holt, kriegt also ein eingerahmtes Bildnis von Adolf dem Großen. (Passende Ausschmückung für den Lokus der „Braunhemden".)

Wer aber 45 Leser holt, kriegt ein garantiert braunes SA-Hemd mit dazu gehörendem Höschen.

Man sieht, Hakenkreuzler sind gar nicht so auf den Kopf gefallen, wie mancher glaubt. Denn jeder wird es für richtig finden, daß ein Hemd, das man auf den Leib ziehen kann, und immerhin einen praktischen Nutzen hat (Braunhemden sollen nämlich den „Popo" hübsch warm halten), einen bedeutend höheren Wert hat, als ein Bildnis Hitlers, dessen „arische" Visage ja außer eingebildeter Affektiertheit und wichtigtuerischer Beschränktheit gar nichts ausdrückt. Hitler Adolf kann mit einem gewöhnlichen, bräunlich angehauchten Hemd oder einem Höschen einfach gar nicht konkurrieren. Deshalb ist er nach der unanfechtbaren Wertschätzung der Nazis bloß 20 Leser wert, Hemd und Hose aber mehr als doppelt soviel, nämlich 45 Leser!

Ein feines Geschäft für den Herrn Rechtsanwalt

Wie wiederholt berichtet, versuchen bestimmte Burschen aus dem Renegatenlager unter Anwendung von direkten Betrügermethoden die Sparer des ASB zu veranlassen, ihnen ihre Sparbücher zur Ueberweisung an den sozialdemokratischen Rechtsanwalt Felixbrodt zu übergeben. In mehreren Fällen ist ihnen das auch gelungen. Daß es sich dabei um eine Verschärfung des Kampfes gegen den ASB und gleichzeitig um ein gutes Geschäft für den Rechtsanwalt Felixbrodt handelt, zeigt folgender Fall:

Auch der Arbeiter-Sängerchor hat im ASB Spargelder festgelegt. Ein Vorstandsmitglied hatte diese Sparbücher entgegen der Auffassung der Mitglieder dem Rechtsanwalt Felixbrodt übergeben und ihn mit der Vertretung dieser Forderung beauftragt. Jetzt wurde ein Vorstandsbeschluß gefaßt, wonach die Sparbücher von Felixbrodt abzuholen wären und die Vertretung dieser Forderung dem Sparerausschuß übertragen werden sollte.

Bei der Abholung der Bücher von Felixbrodt forderte dieser ein Honorar von 8,70 M., das ihm auch ausgezahlt werden mußte.

Auf diese Art und Weise sollen die Sparer des ASB, die durch die verbrecherischen Maßnahmen der Sozialfaschisten und Renegaten um ihre Spargelder gebracht werden sollten, auch noch im Interesse des sozialdemokratischen Rechtsanwaltes geneppt werden. Ein feines Geschäft für den Herrn Rechtsanwalt, wenn die Sparer auf diesen Leim kriechen würden.

Wo deshalb die Abgesandten dieses Rechtsanwaltes erscheinen, gebt ihnen eine proletarische Antwort, werft sie zur Tür hinaus! Kein Sparer darf seine Sparbücher aus den Händen geben! Sichert durch die Einschreibung in den Verteilungsstellen auf die Listen die Durchführung des Vergleichsvorschlages!

Warenschwindler gefaßt

Am 3. März 1931 konnte die hiesige Kriminalpolizei zwei Warenschwindler in Gestalt des Schlossers Friedrich Hesse und des Konditors Heinrich Scharmer festnehmen, die sich in verschiedenen Städten, und so auch hier, Waren, besonders Radioapparate, ein eigenes zu diesem Zwecke gemietetes Zimmer zur Ansicht senden ließen und dann damit verschwanden. Hesse trat als „Ingenieur Schwiebert" auf, Hesse und Scharmer sind inzwischen in das Gerichtsgefängnis in Stade überführt worden. Vor dem Schöffengericht in Stade werden beide sich auch wegen der in Halle verübten Betrügereien zu verantworten haben.

Arbeit für die Feuerwehr

Am 14. April, gegen 9.15 Uhr, wurde die Feuerwehr nach der Mittelwache 2 gerufen, wo ein Lieferwagen infolge Vergaserbrandes in Brand geraten war. Der Führerstz brannte vollständig aus. Bei den Löschversuchen erlitt ein Autoschlosser Brandwunden an der rechten Hand und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Feuerwehr konnte nach einer Tätigkeit von 70 Minuten wieder abrücken.

Achtung, streikende Bauarbeiter!

Eine große Versammlung aller Streikenden findet am morgigen Tage, Sonnabend, dem 18. April, vormittags 10 Uhr, im Saale der Produktiv statt.

Alle erwerbslosen Bauarbeiter, soweit sie der KPD angehören, versammeln sich ebenfalls Sonnabend, der 18. April, nachmittags 3 Uhr, zu einer wichtigen Versammlung in der Produktiv.

Sämtliche Gummiwaren billigst ★ Gummi-Bieder

„Die Welt wird schöner mit jedem Tag..."

So heißt es in einem bekannten Frühlingsgedicht, das außerdem noch so weitergeht: „...Man weiß nicht, was noch werden mag." Wir wollen uns keinesfalls irgendwelchen Betrachtungen über den Frühling hingeben, sondern die Tatsache, daß die Welt immer „schöner" wird, an einem anderen Beispiel aufzeigen.

Die Welt — das ist bekanntlich für viele Tausende von ausgesteuerten Erwerbslosen das Fürsorgeamt.

Wer sich das Leben und Treiben auf dem Fürsorgeamt einmal angesehen hat, weiß, daß sich hier nichts als Not, Elend, Hunger, Qualen und Leiden der durch die kapitalistische Wirtschaftskrise aus dem Produktionsprozeß gestoßenen Proletarier zusammenballt. Das Fürsorgeamt ist eine Leidensstation — es ist auf Grund der dort üblichen Praxis der Ort, wo sich der „Wohlfahrtsunterstützungsempfänger", wie die neueste Auszeichnung des kapitalistischen Staates für die ausgesteuerten Erwerbslosen lautet, des ganzen Jammers seines Lebens bewußt wird. Wir wollen hier nicht sagen, daß die auf dem Fürsorgeamt tätigen Beamten und Angestellten es besonders leicht hätten. Jetzt, der einmal auf dem Fürsorgeamt war, hat das Empfinden, daß der tägliche Verkehr mit den verelendenden Arbeitern und Arbeiterinnen selbstverständlich eine aufreibende Beschäftigung ist. Natürlich muß man auch hier Unterschiede machen. Das Leben auf dem Fürsorgeamt ist also alles andere als erbaulich, und das Fürsorgeamt selbst — die „Welt" der ausgesteuerten Erwerbslosen — wird alles andere denn schöner. Im Gegenteil: die maßgebenden Instanzen denken gar nicht daran, die Abfertigung den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern etwas erträglicher zu gestalten. Um das zu beweisen, müssen wir von den so zahlreich vorliegenden „Fällen" wieder einmal einen Fall an die Oeffentlichkeit bringen.

Da ist ein Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit Frau und acht Kindern im Alter zwischen ¼ Jahr und 11 Jahren. Die Familie ist im Obdachlosenasyl untergebracht. Zwei Kinder sind tuberkulosekrank, die Frau liegt ebenfalls krank darnieder. Der Mann trägt

ein ganzes Bündel Pfandscheine

in seiner Tasche herum. Alles, was irgendwie entbehrlich war, mußte versetzt werden, um den Kindern die hungrigen Mäuler stopfen zu können. Es ist selbstverständlich, daß der betreffende Arbeiter ein häufiger „Gast" auf dem Fürsorgeamt ist. Der Hunger und die Krankheit in der Familie zwingen ihn, dort um Sonderunterstützungen, Kleidungsstücke für die Kinder usw. vorzusprechen. Das Verantwortungsbewußtsein gegenüber seiner Familie (in Deutschland soll ja die Familie „heilig" gesprochen sein) verpflichtet ihn, dafür zu sorgen, daß Leben und Gesundheit seiner Frau und seiner Kinder nicht restlos untergraben oder aufs Spiel gesetzt werden. Der betreffende Arbeiter hat die Pflicht, alles aufzubieten, um seine Angehörigen nicht verhungern zu lassen. Er hat die Pflicht, mit allem Nachdruck Anträge zu stellen, Anträge — Anträge, um eben das Notwendigste für die Erhaltung seiner Familie beschaffen zu können. Wo soll er diese Anträge stellen? Selbstverständlich auf dem Fürsorgeamt, der einzig zuständigen Stelle.

Fragt die Fürsorgeunterstützungsempfänger,

was es heißt, auf dem Fürsorgeamt Anträge stellen zu müssen! Fragt sie und ihr werdet nicht nur Antworten erhalten, sondern euch wird ganze Geschichten erzählen, Geschichten, die den Jammer und die Verzweiflung der antragstellenden Notleidenden enthalten. Ja, es gibt manchen ausgesteuerten Erwerbslosen, der, wenn das Fürsorgeamt seine Anträge abgelehnt oder ihre Erledigung auf Wochen hinausgeschleppt hat, seine ganze Kraft und Selbstbeherrschung, den letzten Rest seiner Energie aufbieten muß, um nicht

„aus der Haut zu fahren",

wie man in der Regel sagt und seinen ganzen Haß und seine namenlose Wut gegen seine Peiniger zu entladen.

Die Herrschaften auf dem Fürsorgeamt haben nun ein „probates" Mittelchen erfunden, um solche „lästige Antragsteller" abzuwimmeln. Dem betreffenden Unterstützungsempfänger mit der zehnköpfigen Familie hat jetzt das Fürsorgeamt folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie in Zukunft nur einmal wöchentlich, und zwar Dienstags mündliche Anträge im Jugend- und Fürsorgeamt stellen können. Für die übrigen Wochentage müssen wir Ihnen auf Grund Ihres Verhaltens den Zutritt verbieten. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich des Hausfriedensbruches schuldig machen, wenn Sie sich trotzdem Einlaß verschaffen bzw. vorstehendes Verbot übertreten."

Das ist der Inhalt eines Dokuments, der für sich selbst spricht. Das Fürsorgeamt erläßt Verbote. Wie lange wird es dauern und

das Fürsorgeamt kommt mit Notverordnungen heraus?

Einem Arbeiter wird es nur einmal in der Woche gestattet, das Fürsorgeamt zu betreten. Widrigenfalls macht er sich des Hausfriedensbruches schuldig. Was heißt das? Widrigenfalls wird er mit Polizeigewalt hinausbugsiert und erhält obendrein noch eine Strafanzeige. Der betreffende Arbeiter darf nur Dienstags auf dem Fürsorgeamt erscheinen. Freitags erfolgt die Auszahlung seiner Unterstützung. Wie soll er zu dieser Unterstützung kommen? Die Frau ist krank, er darf sich nur Dienstags sehen lassen. Soll er den „heiligen Geist" nach dem Fürsorgeamt zur Abholung der Unterstützung schicken? Die Lösung dieses Rätsels ist dem Fürsorgeamt selbst überlassen.

Das, was hier getan wird, das ist die Einführung des Polizeiknüppelregimes auf dem Fürsorgeamt, das ist die Verwandlung des Fürsorgeamts in eine Zuchthausstation. Wir wollen hier die Auswirkungen eines solchen ungeheuerlichen Beschlusses gar nicht näher schildern. Wenn ein Fürsorgeempfänger nur einmal in der Woche um Anträge vorsprechen darf, dann bedeutet das, daß er an den übrigen sechs Tagen der Woche keine Möglichkeit hat, bei dringenden Anlässen (plötzliche Krankheit usw.), wo schnelle Hilfe notwendig ist, um Hilfe oder Unterstützung nachzusuchen.

Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Erwerbslose, protestiert gegen solche schändliche Maßnahmen! Demonstriert am 1. Mai für den Kampf gegen das System, das euch den Hunger und die Not mit Hilfe des Gummiknüppels ertragen „lehren" will!

„Ich steche einen nieder"

Gestern abend gegen halb 8 Uhr gingen vier Jungarbeiter durch die Königstraße. Plötzlich tauchte eine Rotte von 25 Nazis auf, offenbar eine Abordnung der im Stadtschützenhaus stattfindenden Naziversammlung. Die Hakenkreuzler provozierten die Jungarbeiter in der unverschämtesten Weise. Der Nazistrolch Voigt zog ein Messer aus der Tasche und rief laut: „Ich steche heute einen nieder, mir ist es ganz egal!" Die Nazimeute machte gerade Anstalten, über die Jungarbeiter mit Messern und Schlagringen herzufallen, als einige Polizisten auftauchten. Die tapferen Nazis verdrückten sich darauf. Zwei Nazimörderhelden konnten aber gegriffen werden und wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Mehrere Passanten hatten sich als Zeugen gemeldet und in den verhafteten Nazis diejenigen erkannt, die mit dem Messer die Jungarbeiter bedroht hatten. Auf dem Polizeipräsidium erklärte ein Nazi zu einem Beamten: „Wenn erst das dritte Reich da ist, dann müßt ihr auch stempeln gehen!" Das Schicksal der deutschen Volksgenossen im dritten Reich ist also: Stempelngehen.

Dieser Vorfall beweist, daß die Nazis ihren blutigen Terror gegen die Arbeiterschaft fortsetzen. Alle revolutionären Arbeiter müssen sich deshalb dem Kampfbund gegen den Faschismus anschließen.

3 Monate Gefängnis für Genossen Gutjahr

Bekanntlich erreichte am 28. Januar der Feldzug der Klassenjustiz gegen die kommunistischen Kommunalfunktionäre, die zum Steuerstreik aufgerufen hatten, seinen Höhepunkt. Nicht weniger als 15 roten Kommunalfunktionären wurde an diesem Tage der Prozeß gemacht. Aus Anlaß dieser Aktion der Klassenjustiz hatte die Kommunistische Partei zu einer großen Massenkundgebung gegen den Steuerraub auf dem Hallmarkt aufgerufen. Zu den Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen sprachen eine Reihe von Kommunalfunktionären aus dem Bezirk und Genosse Karl Gutjahr, der am gleichen Tage ebenfalls verurteilt worden war. Unter der begeisterten Zustimmung der demonstrierenden Massen führte Genosse Gutjahr aus, daß die Kommunalfunktionäre der Kommunistischen Partei vor Gericht erklärt haben, daß sie sich nicht als Angeklagte, sondern als Ankläger gegen die Brüning-Regierung und ihre sozialfaschistischen Knechte die den Steuerraub gegen die Werktätigen mit durchführen, betrachten. Die verurteilten Kommunalfunktionäre würden nach wie vor die Interessen ihrer Wählerschaft, d. h. der Schichten der werktätigen Bevölkerung vertreten und den Kampf gegen die faschistische Steuerdiktatur fortführen.

Wegen dieser Rede erhielt Genosse Gutjahr einen Strafbefehl von drei Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe. Gegen diesen Strafbefehl wurde Berufung eingelegt. Die Berufungsverhandlung fand gestern vor dem Schöffengericht in Halle statt.

Genosse Gutjahr wurde wiederum zu drei Monaten Gefängnis zuzüglich 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Staatsanwalt erklärte, daß „solche Leute wie Gutjahr" (!) sich der „Schwere" ihrer Handlungsweise bewußt gewesen sein müßten, weshalb Gutjahr zu einer besonders harten Strafe zu verurteilen sei. Dieser Auffassung schloß sich auch das Gericht an. Genosse Gutjahr entgegnete den Herren Richtern, daß es ihnen ja als Vertreter des kapitalistischen Staates weniger auf die Bestrafung als auf die Isolierung der kommunistischen Funktionäre von den werktätigen Massen ankomme. Das ist der maßgebende Grund, weshalb die Gefängnisstrafe aufrechterhalten wird.

Die Antwort der revolutionären Arbeiterschaft auf die Terrorjustiz gegen die Funktionäre der Kommunistischen Partei muß in einer Verstärkung der Werbearbeit für Partei und Presse bestehen!

SPD macht Einheitsfront mit den Unternehmern im AOK-Vorstand

Wir berichteten vor mehreren Tagen, daß das sozialdemokratische Vorstandsmitglied der AOK Halle, Fischer, seine Funktion als zweiter Vorsitzender des AOK-Vorstandes niedergelegt hat. In der letzten Vorstandssitzung stand nun die Wahl eines zweiten Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Von den Christen (!) wurde dabei der sozialdemokratische Gewerkschaftsbonze Buchholz vorgeschlagen. Die Unternehmervertreter schlugen Grübler vor, die Kommunisten den Genossen Lüttich. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Buchholz erhielt 3 Stimmen, Grübler 5 und Lüttich 5. Infolge der Stimmengleichheit bei Grübler und Lüttich verlief die Wahl ergebnislos und wird anscheinend in der nächsten Sitzung wiederholt werden. Das Bezeichnende ist aber, daß der Sozialdemokrat Buchholz in dem Augenblick, als er sah, daß für den Unternehmersyndikus Grübler nur vier Stimmen in Aussicht standen, noch rechtzeitig seine Hand erhob und für den Unternehmervertreter stimmte, wodurch die Wahl eines Kommunisten als zweiter Vorsitzender verhindert wurde. Die Einheitsfront der Sozialfaschisten mit den Unternehmern und Christen im AOK-Vorstand wäre also wieder einmal in vollem Umfange hergestellt. Die antibolschewistische Front innerhalb der AOK steht unerschütterlich. Dafür sorgt schon die SPD. Der Vorsitzende Zwanzig konnte es in dieser Sitzung nicht unterlassen, die Verurteilung der „Klassenkampf"-Redaktion bekanntzumachen. Daß er aber als Vertreter des christlich-nationalen Bürgertums in Halle und Vorsitzender der AOK in der Morphium-Affäre trotzdem verurteilt bleibt, scheint den Unternehmern nicht besonders zu behagen. In den Kreisen des Hallischen Unternehmertums wird sogar die entschiedene Forderung der Absetzung Zwanzigs erhoben. Verwunderlich ist es nicht, denn mit einem solchen Repräsentanten wie Zwanzig, gegen den in der Oeffentlichkeit unausgesetzt die schwersten Vorwürfe und Beschuldigungen wegen seiner Rolle im Krankenkassen-Prozeß erhoben wurden, ohne daß der unschuldig tuende Zwanzig den Mut hat, sich offen gegen diese Anschuldigungen zu verteidigen, können auch die letzten und die stupidesten und reaktionärsten Unternehmervertreter keine Ehre mehr einlegen.

Masch Ammendorf. Freitag, den 17. April, Fortsetzung des Kurses „Die Kunst als Waffe" von Gen. Martin Knauthe, Halle. Der Kursus findet um 20 Uhr im Naturfreundeheim statt.

Achtung, Referentenbesprechung!

Am Montag, den 20. April, 20 Uhr, findet im großen Saal der Produktiv eine wichtige Besprechung aller Referenten der Partei, der RGO und der Massenorganisationen statt. Alle kommunistischen Referenten aus obigen Organisationen müssen unbedingt erscheinen. Parteimitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Deutsche Arbeiter stehen im Kampfe gegen die kapitalistische Hungeroffensive!

Der Vormarsch an der Front des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion. — Darüber sprechen heute, 20 Uhr, in Halle Fritz Heckert, M. d. R., Berlin, Willy Dolgner, Halle, und zwei soeben aus der Sowjetunion zurückgekehrte Hallische Bauarbeiter. Folgt dem Rufe der RGO.

Heraus zu den heutigen Massenversammlungen im „Wintergarten" und im „Gesellschaftshaus"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Nr. 89 — Freitag, den 17. April 1931

Vorwärts, marsch!

Trotz Gekläffs der Spalter!

Die Spalter des Arbeitersports konnten sich kürzlich nicht gütlich genug tun, um die am vergangenen Sonntag stattgefundene und im Zeichen ganz ernster Selbstkritik durchgeführte Landeskonferenz frohlockend als eine „Pleite“ zu bezeichnen. Sie sind scheinbar blöd genug, schärfste Kritik, die die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit an ihrer eigenen Arbeit übt, als deren Schwäche auszulegen, ganz abgesehen davon, daß darüber hinaus sogar offensichtlicher

Schwindel über die Landeskonferenz der roten Sportler

verzapft wurde. Das kühnste, was sich die Sozialfaschisten dabei an demagogischen Kunsttricks leisteten, ist die Behauptung des „Volksblattes“ vom „unaufhaltsamen Verfall von Rot Sport“.

Wir wollen statt einer langen Entgegnung die Tatsachen allein der letzten Woche sprechen lassen. Diese Tatsachen beweisen am allerdeutlichsten, daß

wir steigen, trotz Haß und Hohn!

Am selben Tage, an welchem die Landeskonferenz zusammentrat, beschloß der Bezirkstag des 11. Bezirks im Gau 17 des Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bundes, dem 13 Ortsgruppen angehören, sich mit seinen über 500 Mitgliedern der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit anzuschließen.

Der Sportverein Priester bei Nauendorf beschloß, den Spielverkehr mit den roten Sportvereinen aufzunehmen. Kommenden Sonntag spielt Priester 1—Morl 1 und am Sonnabend vorher findet eine Versammlung statt, zu der ein Mitglied der Landesleitung anwesend ist.

Der Turnverein Kämmeritz trägt gegen Sennewitz 1 und 2 ebenfalls Solidaritätsspiele aus.

Der Radfahrverein Zschölkau trat mit 31 Mitgliedern der IG über.

Schließlich wurde gestern erst ein neuer roter Sportverein in Theißen bei Zeitz gegründet.

Das ist wahrlich alles andere als „Verfall“ und „Pleite“. Wenn die roten Sportler bei all diesen Erfolgen nicht in den Zustand selbstzufriedener Passivität verfallen, dann spricht das nur für die innere Stärke und die Kraft ihrer Bewegung!

Bei den Spaltern hingegen geht es unaufhaltsam bergab.

Das bewies erst wieder der am vergangenen Sonntag stattgefundene Waldlauf in Halle. Sogar das „Volksblatt“ vermag bei aller Uebertreibung von nicht mehr als 200 Teilnehmern zu berichten. In Wirklichkeit sind es natürlich noch viel weniger gewesen. Nicht einmal die dem Bunde noch angehörigen Vereine aus der Umgegend von Halle waren erschienen. Angesichts der Tatsache, daß nur ein paar Sportler zu den Läufen starteten, war der ganze Spaß sehr bald vorüber.

Und solche Bankrotteure schwingen sich zu vorlautem demagogischem Triumphgeschrei über die „Rot Sport-Pleite“ auf!

Die roten Sportler von Halle werden schon am Sonntag zum Waldlauf und zu zahlreichen anderen sportlichen Veranstaltungen erneut beweisen, daß sie vorwärts marschieren. Sie werden bei dieser Gelegenheit erneut zeigen, daß ihnen die Zukunft gehört!

Im Zeichen der Generallosung der Landeskonferenz:

Am 24. April: Betriebsspartakiade in Piesteritz

Am selben Tage Gründung des Zentralvereins Piesteritz — Vorher spielen Chemieproleten der Gummiwerke, Stickstoffwerke, Sprengstoffwerke, Sidolfabrik kombiniert gegen Erwerbslosen-Fußballmannschaft

In den Beschlüssen der Landeskonferenz des Landesgebiets Mitteldeutschland ist immer wieder auf die Konzentration der roten Sportbewegung auf die Betriebe die Rede, die die allererste Voraussetzung für die Einbeziehung neuer Massen in die rote Sportfront ist. In den Betrieben werden die vom bürgerlichen Sport erfaßten Arbeiter sowie die noch vom Sozialfaschismus irregeführten Sportler gemeinsam mit unseren Genossen ausgebeutet. Deshalb heißt es in der Entschließung der Landeskonferenz mit Recht:

„Hier läßt sich durch die Einheitsfront mit allen sporttreibenden Arbeitern die Brücke schlagen, auf der wir unserer Kampfgemeinschaft ... viele neue Massen zuführen können.“

In Anlehnung an diese Entschließung und zum Zwecke der bestmöglichsten Vorbereitung der Spartakiade der RSI haben jetzt unsere Piesteritzer roten Sportler einen

roten Sporttag in Piesteritz für den 24. April

einem Werktag, festgelegt, der auf der Grundlage einer Betriebsspartakiade durchgeführt werden soll. Zu diesem Zwecke findet unmittelbar nach Betriebsschluß

17 Uhr in Piesteritz ein Fußballspiel Chemiearbeiter gegen Erwerbslose

statt. Die Mannschaften setzen sich zusammen aus Arbeitern der Gummiwerke, der Sprengstoffwerke, der Stickstoffwerke und der Sidolfabrik. Ihnen gegenüber steht eine Erwerbslosenmannschaft, die von Arbeitern und roten Sportlern des Kreises Wittenberg zusammengestellt wurde. Ueber den Sinn dieser Veranstaltung und über die außerdem vorgesehenen Veranstaltungen äußern sich die Piesteritzer Genossen selbst wie folgt:

„Dieses Spiel soll ein Signal sein an alle. Vor allem an solche Arbeiter, die sich noch in den bürgerlichen Vereinen befinden. Sie sollen endlich Farbe bekennen: Weg mit allen Illusionen. Auch soll es ein Signal sein für alle Genossen in den Bundesvereinen, Front zu machen gegen die Bundesbürokratie, gegen Gellert und Kumpanei. Zeigt Solidarität! Demonstriert mit den roten Sportlern für die rote Einheit.

Eine öffentliche Sportlerversammlung 20 Uhr im „Schützenhaus“ zu Kleinwittenberg

wird zur Gründung des Zentralvereins Piesteritz aufrufen und wird unter der roten Fahne des Proletariats alle die vereinigen, die gewillt sind, für die rote Sporteinheit zu kämpfen.“

Solidaritätsspiel für streikende Bauarbeiter

Ein nachahmenswertes Beispiel der Weißenfelser roten Sportler.

Am Sonntag, dem 19. April, 15 Uhr, stehen sich auf dem Sportplatz Meilenstein in Weißenfels Union 1 und Taucha 1 gegenüber. Das Spiel wird zugunsten der streikenden Bauarbeiter durchgeführt. Damit beweisen die roten Sportler in der Tat, daß ihre ganze Bewegung dem Klassenkampf unterordnet ist und daß sie selbst in lebendigster Verbindung mit der kämpfenden Arbeiterklasse stehen.

So wie in Weißenfels müssen die roten Sportler auch in allen anderen Orten sportliche Veranstaltungen zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter durchführen. Dabei heißt es aber, über den Rahmen der Kampfgemeinschaft hinaus auch Bundesvereine in solche Solidaritätsspiele einzubeziehen.

Achtung: Straßenrennen am 19. April

auf der Strecke Halle—Bitterfeld—Halle

Start und Ziel Diemitz, Gasthof zur grünen Tanne.

Start 7 Uhr; Ziel 8½—9 Uhr.

Sämtliche startende Fahrer haben eine ½ Stunde vor der Startzeit startbereit zu stehen.

Motorradfahrer stellen sich ebenfalls zur Verfügung zwecks der Streckenkontrolle und Ordnerdienst.

Zum Waldlauf am 19. April in Halle

ist über den ganzen Bezirk Spielverbot verhängt. Alle Handballspieler treffen sich 14 Uhr auf dem Cröllwitzer Platz (Brandberge). Dort finden bezirkliche Veranstaltungen statt.

Es spielen:

¼15 Uhr Sennewitz Schüller—Wörmlitz Schüler — Cröllwitz
¼16 „ Cröllwitz 1—Seeben 1 — Gall, FTS
¼17 „ Städtemannschaft—Schiedsrichter

Die Aufstellung der Städtemannschaft ist folgende:

Rosenberg
Gumbrecht (FTS) Wust (Osmünde)
Straube (FTS) Rörer (FTS) Brömme (Rietleben)
Flek (Wörmlitz) Boer (Osmünde) Seiffart (Dieskau) Wagner (FTS) Wolf (Rietleben)

Schiedsrichtermannschaft (Städtedreß). Schiri Müller (Seeben).

Cierpke (Reideburg)
Herzan (Wörmlitz) Neugeboren (Cröllwitz)
Gittel (Osmünde) E. Schaaf (Wörmlitz) Rükwald (Achilles)
Seiffert (Achilles) E. Seupt (Rietl.) Schubert, Gall (FTS) Berger (Cröllwitz)

Bälle stellen Seeben und Cröllwitz.

Abseitsrichter stellt die Schiri-Mannschaft. Selbige müssen mit Uhr und Pfeife erscheinen.

Kassierer stellen Seeben und Wörmlitz. Der Eintrittspreis beträgt für Erwerbstätige 30 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Da sehr guter Sport geboten wird, erwarten wir zahlreiches Erscheinen. Am Vormittag beteiligen sich die Genossinnen und Genossen am Waldlauf. Absagen zu dem Spiel Städtemannschaft—Schiri werden nicht angenommen.

Die Spartenleitung: Stoppe, Müller.

Turnhallenraub in Bitterfeld

Dem Beispiel der Berliner, Hallischen und verschiedener anderer Stadtverwaltungen folgt nun auch der Magistrat von Bitterfeld.

Dem Versuche, auf kaltem Wege die Turnhallenbenutzung unmöglich zu machen durch Miets- und Pachterhöhung sowie Reinigung und Lichtgeld, die den Turnhallen benutzenden Vereinen die Kleinigkeit von fast 500 Mark kosten würden, folgt die Entziehung der Turnhallen für die roten Sportler auf dem Fuße.

So sieht also die „Demokratie“ des Bitterfelder Magistrates aus. Auf der einen Seite plant man großzügig die Einweihung des Stadions, die nur durch größere Zuschüsse an die bürgerlichen Vereine erfolgen kann, auf der anderen Seite ist man frech genug, den armen Proleten anzuhalten, in der Gastwirtschaft seine Turnstunden abzuhalten.

Sonst spielen die Leutchen sich auf als „Förderer der Leibesübungen für Jugendliche“. Den Jugendlichen der Arbeitersportler aber entzieht man die Turnhallen. Die Arbeitersportler wissen diese Maßnahmen des Magistrates richtig einzuschätzen und werden dagegen Sturm laufen.

Arbeiter, Arbeitersportler und -sportlerinnen, höchster Alarm

ist das Gebot der Stunde! Sonnabend, den 18. April, große Demonstration gegen den Turnhallenraub. Alle Sportler und Sportlerinnen sowie die gesamte Arbeiterschaft treffen sich um 17 Uhr im Lokal „Volkshaus“ zur Demonstration!

Alle Sportfunktionäre sowie alle Funktionäre der anderen Organisationen erscheinen am Sonnabend, dem 18. April, 20 Uhr, zur außerordentlichen Funktionärsitzung. Keiner darf fehlen.

Neuer Vorstoß im Zeitzer Gebiet

Ein roter Sportverein in Theißen — Ueberfüllte Sportlerversammlung

In der Zeitzer Gegend, in der die „linken“ Sozialfaschisten ihr Unwesen treiben, bricht sich der Gedanke der roten Sporteinheit immer mehr Bahn Neuerdings ist es gelungen, auch in Theißen bei Zeitz einen roten Sportverein, die Spielvereinigung 1931, zu bilden, die sich u. a. aus einer ganz beträchtlichen Anzahl ehemaliger Bundesmitglieder zusammensetzt. Eine gestern in Theißen stattgefundene öffentliche Sportlerversammlung, an der auch Sportgenossen aus der näheren Umgebung teilnehmen, war völlig überfüllt. Genosse F. Beyling, Halle, zeigte den zahlreich versammelten Arbeitersportlern den Weg des Kampfes für die rote Sporteinheit auf.

Obwohl der Zeitzer „Volksbote“ in letzter Minute vor dem Besuch dieser Oppositionsversammlung „gewarnt“ hatte, waren auch zahlreiche Mitglieder des Bundesvereines erschienen, mit denen sogar eine höchst kameradschaftliche Diskussion durchgeführt wurde. Für den roten Sportverein war diese wohlgelungene Versammlung ein verheißungsvoller Auftakt.

Fußballauswahlspiel A—B

Am 19. April findet der Frühjahrswaldlauf des Bitterfelder Bezirks in Jeßnitz statt. Alle Vereine müssen um 9 Uhr in Jeßnitz sein. Die einzelnen Läufe sind bereits bekanntgegeben. Es ist Pflicht aller Bezirksvereine, geschlossen zu erscheinen und diesen Waldlauf zu einem zweiten Aufmarsch der roten Sportler zu machen. Genossen, wir haben am 11. April in Bitterfeld gezeigt, daß wir die Massen der Arbeiterschaft hinter uns haben, wir werden auch am 19. April in Jeßnitz als Massenorganisation auftreten.

Am Nachmittag finden Fuß- und Handballspiele statt.

13.30 Uhr Greppin 1. Jgd.—Gräfenhainichen 1. Jgd. (Fußball)
14.30 Uhr Stadt—Land (Handball)
15.45 Uhr A—B (Fußball)

Die Fußballmannschaften spielen in folgender Aufstellung:

A

Thran (Jeßnitz)
Kersten, Brüning (beide Jeßnitz)
Landskron (Greppin) Berger (Holzweißig) Thiele (Riemegk)
Domascheski (Holzweißig) Olberg (Jeßnitz) Richter Roschek Fröhlich (alle drei Greppin)

Scheck (Wolfen) Konitzki (Bitterfeld) Opel (Brehna) Albrecht (Wolfen) Riotzsch
Kunze (Bitterfeld) Brehna Metzing (Roitzsch)
Prätorius, Schulze (Wolfen)
Muschler (Wolfen)

B

Ersatz für A stellt Jeßnitz, Linienrichter, Platzaufbau, Ordner stellt Jeßnitz. Ersatz für B stellt Bitterfeld, Kassierer: Rohmer, Grohmann, Binnek, Donner. Spieler und Kassierer müssen 14.30 Uhr im Volkshaus Jeßnitz sein. Treß für B. stellt Bitterfeld.

Fußball-Schirivereinigung Bezirk Halle. Die Obleutesitzung für April findet am 17. April im „Mansfelder Hof“, Mansfelder Straße 29, statt. Jeder Vereinsschiriobmann muß vertreten sein. Anfang 20 Uhr. Der Schiriausschuß trifft sich bereits 19.15 Uhr.

W. Küster, Obmann.

Freier Sportverein Halle, Jiu-Jitsu-Abteilung. Freitag, den 17. April, im Bade eine wichtige Besprechung. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Javabrauner Trotteurschuh mit beige Auflage 5.85

Fesche Pumps in feinfarbig echt Chevreau . 6.85

Kombin. Trotteurschuhe in Boxkalf u Kalbleder 7.85

Moderner biberbrauner Herrenschuh 7.85

Elegante Herrenschuhe in schwarz und braun Boxkalf sow Lack Orig. Goodyear Welt . . 9.80 9.40

Zur Schuhpflege die guten Manna-Präparate

BILLIG WIE NIE!

4.45 Kirschblüte mit blauer Auflage

6.85 Eleganter Lack Herrenschuh

BILLIG WIE NIE!

Die bewährten Tack-Qualitäten

Ausnahmetage vom 17. bis 27. April

Conrad Tack

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.

Halle a. S., Leipziger Straße 11

Fernruf 26240

Weitere Verkaufsstellen auch in NORDHAUSEN

Heute in WITTENBERG Neueröffnung einer Verkaufsstelle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0007

10 REKORD TAGE

bedingen Rekord-Leistungen und Rekord-Preise! / Niemand versäume diese äußerst günstige Einkaufsgelegenheit!

Morgenrock aus mollig warmen Stoff, in vielen Farben . . . . Stück	1.75
Kleid aus modern. Tweedstoff, mit Faltenrock, Seidenrips-Garnitur und Ansteckblume . . . . Stück	9.50
Bolero-Kleid aus einfarbigem kunstseid. Crêpe Marocain. m. weißer Weste, moderne flotte Machart Stück	21.50
Flotte Sportjacke in reiner Wolle, rot, blau und marine Stück	11.75
Mantel Trench-Coat, mode und marine . . . . Stück	6.75
Mantel Stoff engl. Art, mit Gürtel u. Sattelfutter Stück	8.75
Mantel Tweedstoff, Kragen und Taschen farbig gepaspelt, mit Sattelfutter . . . Stück	10.75
Mantel aus modernem Herrenstoff, in hellen Farben, ganz auf K'seide gefüttert Stck.	14.75
Complet Kleid mit langem Mantel, aus mod. Diagonalstoff, fesche Verarbeitung	22.50

Musseline bedruckt, große Auswahl, in sehr hübschen Mustern . . . . Meter 0.75 0.58	0.48
Beiderwand in Baumwolle u. mit Kunstseide, Riesenauswahl in gestreift und einfarbig, indanthren Meter 0.95 0.78	0.58
Künstlerdruck indanthren mod. Dessins, blau-weiß u. blau-bunt bedruckt Meter 1.10 0.90	0.58
Panama waschecht, in vielen Farben, für Sportkleider und Hemden . . . . . Meter 1.25	0.78
Wollmusseline neue Dessins, in hell- und dunkelgrundig . . . . . . Meter 2.30 1.80	1.30
Waschkunstseide bedruckt, moderne Muster, schöne, weichfließende Qualität . . . . Meter 0.85 0.75	0.65
Tweed flotte Muster, in gr. Farbenauswahl Meter 1.35	0.95
Crêpe Caid reine Wolle, moderne Frühjahrsfarben Meter 1.65	1.45
Mantel- und Kostümstoff ca. 140 cm br., strapazierfähige Qualität Meter 3.95	2.95

Kinder-Unterziehschlüpfer gewirkt, feste Qualität . . . . Stück	0.28
Kinder-Schlüpfer Trikot, in vielen Farben . . . . Stück	0.38
Strumpfhaltergürtel Dreil, mit 2 Paar Haltern . . . . Stück	0.48
Damen Schlüpfer Kunstseide, in verschiedenen Farben . . Stück	0.75
Damen-Unterkleid Kunstseide mit Vollachsel . . . . Stück	0.75
Damenstrümpfe echt ägyptisch Maco, Doppelsohle u. Ferse in schwarz oder farbig . . . . Paar 0.95	0.48
Damenstrümpfe Waschseide, feinmaschig, in großer Farben-Auswahl, Paar	0.95
Herren-Socken grau, Baumwolle, kräftige Qualität . . . Paar	0.25
Herren-Socken in modernen Mustern . . . . Paar	0.48

Künstler-Mitteldecken in vielen aparten Dessins 70/70 . . . . . Stück	0.48
Kaffee-Decken kariert in vielen Farbstellungen . . . . Stück	0.78
Bettuch aus kräftigem Linon, 2 Meter lang . . . Stück	1.45
Damen-Berufsmantel aus kräftigem Nessel . . . . Stück	1.95
Maschinen-Obergarn 4fach, 200 Meter, schwarz od. weiß . . Rolle	0.10
Gummilitze wasch- und kochbar . . . . . . Karte 5 Meter	0.25
Achselschluß-Hemdenpassen schöne Gitter- und Hohlsaummuster . . Stück	0.48
Einkaufsbeutel Ledertuch doppelseitig . . . . Stück	0.48

Einen Posten
Kinder- und Stadtkoffer
mit kleinen Schönheitsfehlern
weit unter Preis!

1 Welleneisen 1 Lockeneisen zus.	0.25	1 Glanz-, 1 Schmutz- u. 1 Auftragbürste zus.	0.48
1 D. Bohnerwachs 1 Bohnertuch zus.	0.38	1 Sch. Wäscheklamm. 1 Wäscheleine ca. 30 m zs.	0.95
1 Fl. Teerseife oder Kamillenseife bekannt gute Qualität	0.48	1 Stubenbesen, 1 Handfeger echt Roßhaar . . . zus.	1.45

Alex MICHEL

HALLE / AM MARKT

WALHALLA
Heute Premiere!
Die melodienreiche Operette
Polenblut
Musik von Oskar Nedbal
Halles Liebling
Mimi Vesely in der Hauptrolle
Sonntag, nachm. 4 Uhr kleine Preise ab 50 ₰

Stadt-Theater
Heute Freitag, 20—23 Uhr
Peppina
Operette von Robert Stolz
Sonnabend, 20—22.45 Uhr,
Die Jüdin
Oper v. J. Halévy
Zahl. b. 4. Stammk. Rate erbeten

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels
Fischgasse 1

Roßfleisch und **Wurst**
empfiehlt
DYRNA
Halle Kl. Sandbg. 17
Wiederverk. gesucht

Edel-Buschrosen
10 Stck. M. 2.50
versendet p. Nachnahme
M. Boden
1351] Gärtnerei
Calbe (Saale)

Schlafzimmer echt Eiche 390 M.
Schlafzimmer einfache 225 M.
Küche, 5 teilig, 110 M.
Speisezimmer kompl. 350 M.
Plüschsof. 70 M.
Chaiselongues 33 M.
Kleiderschr. 1-, 2- u. 3 tür. 45
Schreibtische echt Eiche 95 M.
Bücherschr. 75 M.
Möbel-Schieke
nur Kl. Ulrichst. 14-15

Rich. Roesner mit seiner Rundfunkkapelle
ab Donnerstag, den 16. April, im
Theater der Komiker
Ferner: Neuer Spielplan!
Gastspiel Hallescher Schauspieler in:
„Auf der Alm, da gibt's ka Sünd'!"
Eine lustige Gebirgsposse. — Auf der Bühne:
— **Max mit seinen 10 Solisten** —
Trotz gewaltiger Unkosten Eintritt **50 Pf.** Sonnabend u. Sonnt. 1.-

Neue schöne Formen für

Kinderwagen
49.—, 52.—, 63.— 72.—, 85.—
Einige vorjährige Kinderwagen ganz bes. billig

Klappwagen
mit Verdeck
37.50, 40.50, 46.50 48.—, 52.—, 57.—
Ohne Verdeck
16.25, 17.50 usw.

Stubenwagen M. 10.75, 13.—, 15.—
elegant garn. M. 28.—, 30.—, 33.—
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!
Bettenhaus
Bruno Paris
Kleine Ulrichstr. 2 b. Domplatz 9
(3 Minuten vom Markt)

Fensterscheiben
Moebius, Deff. Str. 5

Immer am billigsten Metallbetten

13.50 17.50 21.—
Holzbetten

19.— 25.— 30.—
Matratzen

Aufleger dreiteilig m. Keil 13.50
15.50 19.— 22.—
Stahldrahtmatratzen
11.50 14.— 16.—
auf Wunsch Zahlungserleichtg.
Transport frei!
Bettenhaus
Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Mark

Zur Beachtung!
Großes Weißenfelser Volks- und Frühlingsfest
vom 19. bis 26. April 1931
auf den gesamten Schützenplätzen

Am Platze sind **diesmal** allerhand Fahr- und Schaugeschäfte, sowie große Sehenswürdigkeiten. Z. B.: Krinoline, Grottenbahn, Ponybahn, Waldidyll — der Pilz, Luftschaukel und Miniaturkarussell, Riesenrad, Springpferdekarussell, sowie Schau-, Tier- und Schießbuden, Sporthalle, Derby-Rennen, Spiel- und Verlosungsbuden, Eis-, Zucker-, Würstchenbuden, Zigarren, Zigaretten, Rostbratwürste, Schmalzkuchenbäckerei und Kaffeezelt usw.

Kommen! Sehen! Staunen!

Um gütigste Unterstützung bitten die Unternehmer

Möbel-Ausverkauf
nur noch wenige Tage

Hausapotheken . . .	v. M. 2.50 an
Waschkommoden . .	v. M. 33.00 an
Schränke	v. M. 50.00 an
Bettstellen	v. M. 25.00 an
Sofa	v. M. 75.00 an
Handtuchhalter . . .	v. M. 2.50 an
Küchenrahmen . . .	v. M. 5.00 an
Küchenbänke	v. M. 9.00 an
Tische m. Kasten 70/90	v. M. 12.00 an
Küchentische m. Unterbod. u. Spritzbrett	v. M. 12.00 an
Sofagestelle	v. M. 9.00 an

Beesener Str. 39/40

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Ostrau**
zum 1. Mai gesucht. Meldungen an den Verlag „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14

Billige Seife

Schmierseife . . . . 1 Pfd.	19 ₰
Schmierseife, weiß . . 1 Pfd.	28 ₰
Kernseife . . . . . 1 Riegel	12 ₰
Kernseife ½-Pfd.-Stck. frisch	15 ₰
Kernseife . . . Riegel 750 g	45 ₰
Bohnerwachs . . . . 1 Pfd.	48 ₰
Streichhölzer . . . . Paket	25 ₰
Schnitz.-Seifenpulver Pfd.-Pak	22 ₰
Toilettenseife . großes Stück	15 ₰
Linsen, helle . . . . 1 Pfd.	15 ₰
Erbsen . . . . 1 Pfd.	12 ₰
Bohnen . . . . 1 Pfd.	15 ₰
Bonbon . . . . . . ¼ Pfd.	10 ₰
Vollmilch-Erdnuß-Schokolade 100-g-Tafel	15 ₰

Niedermeier
G. m. b. H.

Ulzerin-Tee
Das bewährteste Blutreinigungsmittel
Adler-Apotheke, Wittenberg

Jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag:
Schlachtefest
ff. hausschlachtene Wurstwaren
Max Kase, Wittenberg
Neustraße 21

Karl Werner
Wittenberg, Heubnerstr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
Fleisch- u. Wurstwaren

Fahrräder
enorm billig

Herrenrad mit gelben Felgen, weißer Gummi, Freilauf, ½ Jahr Garantie . . . . Mark	49.-
Herrenrad m. gelb. Felgen, rot. Gummi, Torpedo-Freilauf u. hell. Sattelzeug, 3 J. Garantie, Mark	59.-
Damenrad in gleicher Ausführung . . . . Mark	65.-
Herrenrad sehr stabil, m. gelb. Felgen, rot. prima prima Gummi, Torpedo-Freilauf und hell. Lederzeug, 4 Jahre Garantie . Mark	69.-
Damenrad in gleicher Ausführung . . . . Mark	75.-
Herrenrad in bester Ausführung mit gelb. Felgen, rot. extra prima Gummi und hell. Stoßfedersattel, 5 Jahre Garantie . . . . Mark	75.-
Damenrad in gleicher Ausführung . . . . Mark	81.-
Schlauchreif.-Rennmaschinen m. Ia Holzfelgen, Torp.-Freilauf, hell. Sattelzeug, Renn-Ped., Mark	77.-

Auf Wunsch Teilzahlung
Versand auch nach auswärts
K. Möller
Halle (Saale), Schmeerstr. 1

Zeitungsträger
für **Trebnitz**
zum 1. Mai gesucht. Meldungen an den Verlag „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Papitz**
sofort gesucht. Meldungen sind zu richten an Richard Richter, Schkeuditz-Ost, Bornberg 12

Neue Modelle
Schöner besser billiger

Lackspangen mit Blockabsatz	5⁹⁰
Lackspangen mit hübscher Ziersteppe rei .	6⁹⁰
Schwarz Velour-Wildled.-Spange	8⁹⁰
Schwarz Velour-Wildled.-Pumps	8⁹⁰
Braun Spangen guter Straßenschuh mit Blockabsatz	5⁹⁰
Braun Spangen kombiniert	7⁹⁰
Neubraun Spangenschuh neues Frühjahrsmodell	8⁹⁰

Herren-Schuhe

Braun Herren-Halbschuh schöne mod. Ware 8.90	7⁹⁰
Braun echt Boxcalf-Halbschuh Rahmenarbeit in breit und spitz 12.50	10⁵⁰
Lack-Herren-Halbschuh in schlanker oder spitzer Form 12.50 9.85	8⁹⁰
Schwarz Herr.-Halbschuh gute haltb. Ware 8.90	7⁹⁰

Große Auswahl in
Turnschuhe, Turnschlüpfer, Sandalen, Leder-Niedertreter, Leder- und Tuch-Hausschuhe

Schuhhaus Blum
Halle a. S.
I. Geschäft: **Große Ulrichstr. 47**
II. Geschäft: **Geiststraße 9**
Achten Sie auf die Hausnummer!

Werbt Abonnenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Im Zeichen des Sturmplanes

Organisiert den Masseneintritt in die RGO!

In diesen Tagen stimmten große Massen von Arbeitern für die roten Einheitslisten. Ist es möglich, viele Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte für den Eintritt in die RGO zu werben?

Ist alles geschehen, um die im Sturmplan der RGO vorgesehene Werbeaktion durchzuführen?

Sind alle Ortsgruppen, Betriebszellen und Straßenzellen der Partei für diese Aufgabe mobilisiert?

Haben die Betriebsgruppen und Mitglieder der RGO alle Kräfte eingesetzt, um die günstige Situation zur Massenwerbung auszunutzen?

Bestehen überall Werbelokale und Werbetruppen, gibt es Handzettel mit der Aufforderung zum Eintritt in die RGO, hat in den Tagen vor und nach der Wahl jedes Mitglied der Partei und der RGO Aufnahmescheine für die RGO?

Genossen der Partei und der RGO!

Sorgt dafür, daß für jeden Betrieb die große Werbeaktion sorgfältig und großzügig organisiert und der Sturmplan jedes Betriebes erfüllt wird. Steigert die Werbung für die RGO und verbindet sie mit der

Massenmobilisation zum Mai-Kampftag

Unerhörte Polizeiübergriffe

bei der Auslegung der Notverordnung

Alltäglich werden neue Fälle bekannt, aus denen zu ersehen ist, daß die Polizeibehörden die von Brüning erlassene Notverordnung so auslegen, wie es ihnen gerade paßt. Daß dabei die kleinlichsten Maßnahmen gegen die revolutionären Organisationen angewendet werden, liegt im Wesen der ganzen Notverordnung.

Nach dieser Notverordnung sind bekanntlich Plakate und Flugblätter den polizeilichen Behörden vorzulegen. Da hat nun kürzlich die Leitung der KPD-Ortsgruppe in Dessau einen Handzettel angefertigt, worauf u. a. angekündigt war, daß der bisherige SA-Führer der Nazis in einer Versammlung der KPD sprechen werde. Es hieß dann weiter, daß auch noch andere bisherige Dessauer SA-Leute sprechen würden und daß die Nazis besonders aufgefordert seien, in der Diskussion zu sprechen. Dies alles wurde von der Polizei zensiert und gestrichen, was sehr deutlich erkennen läßt, daß die Polizei die Tatsache der Zersetzung der Nazifront nicht gern allgemein bekannt werden lassen möchte. Vor allem zeigt aber dieses Vorgehen, welche Fußangel die Notverordnung für die revolutionären Arbeiterorganisationen darstellt.

Allerdings werden solche Maßnahmen den Werktätigen und zwar auch denen, die vielleicht noch im sozialdemokratischen oder im Nazi-Lager stehen, erst recht die Augen öffnen. In all solchen Fällen muß deshalb um so deutlicher die Antwort an Brüning erteilt werden. Diese Antwort heißt:

Neugewinnung vieler Mitglieder für die KPD!

Sammelt für streikende Landarbeiter

in Lichtenburg und Nelben!

Das einkommende Geld sofort abrechnen bei der RGO (Edit Stuck, Halle, Pfännerhöhe 2).

Streikende Landarbeiter schreiben der KPD-Kreistagsfraktion:

„Ihr seid uns Sprachrohr im Landarbeiterkampf!"

Welch inniger Kontakt zwischen den von den Arbeitermassen gewählten Parlamentsvertretern der KPD und den im Kampfe um Lohn und Brot stehenden Arbeitern in Stadt und Land besteht, beweist nachfolgender Brief:

An die kommunistische Kreistagsfraktion in Torgau.

Die Belegschaft der Domäne Lichtenburg ist wegen Lohnabbau am 23. März, 13 Uhr, in den Streik getreten. Unser Lohn ist so schon so gering, daß er nicht tragbar ist, noch mehr abzuziehen. Wenn von der Pächterin gesagt wird, wir bekommen 45 bis 50 Pf. pro Stunde, so ist das wohl wesentlich anders. Wir können nur 37 Pf. errechnen. Davon ein Lohnabzug von 5 Pf., hätten wir

nur noch 32 Pf. Stundenlohn.

Aber um uns in die Furcht zu jagen,, konnte man nicht schnell genug die Polizei herholen. Wir sollen den Lohn abgebaut erhalten und müssen, weil wir uns dagegen wehren,

auch noch die Polizei zur Unterdrückung unserer Forderungen zu bezahlen.

Die Gewerkschaften, denen wir so lange unsere Beiträge gezahlt haben, lassen uns im Stich. Ihnen ist unsere Sache ganz schnuppe! Nur das Geld nehmen sie ohne weiteres von uns, womit sie sich mästen. Wir werden aber diesen Verrat nie vergessen.

Geschlossen treten wir zum roten Landarbeiterverband über.

Auch das Arbeitsamt Torgau stellt sich in die Front der Agrarier. Durchaus wollte man aus Lichtenburg-Hinterfee Streikbrecher vermitteln und drohte mit Unterstützungssentzug. Die Arbeitslosen aber kennen die traurige Lage der Landarbeiter und weigerten sich, zum Verräter zu werden. Nun hat ja das Arbeitsamt die Drohung wahrgemacht. Mehreren Arbeitslosen ist die Unterstützung gesperrt auf die Dauer von zehn Wochen. Einen Genossen hat man gar nicht erst aufgefordert. Hier ist die Sperrung wohl aus Haß geschehen, weil er den Streikenden im Kampfe besteht. Wie sich jetzt herausstellt, will die Pächterin die alten Leute, die ihre Knochen auf der Domäne gelassen haben, nicht mehr haben. Glaubt man denn, auf so billige Art ältere Arbeitskräfte loszuwerden? **Wir ersuchen die Kommunistische Partei, welche als einzige uns im Kampfe besteht, in den Parlamenten vorzustoßen gegen dieses Unrecht. Wir fordern Zurücknahme des Lohnabbaues, Zurückziehung der Polizei, Zurücknahme der Gewaltmaßnahmen des Arbeitsamtes!**

Mit Kampfgruß

Im Auftrage der Belegschaft der Domäne Lichtenburg
Die Streikleitung.

Ein Thüringer Arzt dem § 218 zum Opfer gefallen!

Vom Schöffengericht Apolda wurde auf Grund des Paragraph 218 ein Prozeß gegen den praktischen Arzt Dr. med. S. aus Rastenberg (Landkreis Weimar) durchgeführt. Dr. S. wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er war vorher wegen Verdunkelungsgefahr verhaftet worden und muß auch die Strafe sofort antreten. Die in dem Prozeß Mitangeklagten, Mutter und Tochter, ebenfalls aus Rastenberg, erhielten sieben Wochen bzw. acht Tage Gefängnis.

Die Aktionen der Klassenjustiz, die unter Berufung auf diesen Schandparagraphen vor sich gehen, können nur durch den Kampf der werktätigen Massen für die sozialistische Gestaltung der Gesellschaftsverhältnisse durchkreuzt werden.

Gasexplosion bei einem Selbstmordversuch in Zeitz

Am Dienstag mittag entstand in einer Parterrewohnung in der Karl-Marx-Straße eine Gasexplosion. Nachdem man die verschlossene Wohnungstür aufgebrochen hatte, fand man einen jungen Handlungsgehilfen schwer verbrannt am Boden liegend. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er bereits am späten Nachmittag starb.

Da der junge Mann am 1. April aus seiner Stellung entlassen worden war,

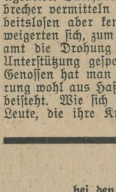
nimmt die Kriminalpolizei an, daß sich der Verzweifelte durch künstliche Herbeiführung einer Gasexplosion das Leben hat nehmen wollen.

Der Prozeß gegen den Eislebener Ex-Oberbürgermeister Clauß brachte am ersten Verhandlungstag die Erörterung der rechtlichen und organisatorischen Grundlagen des Arbeitsamts in Eisleben, welches bekanntlich 1920 für den Stadtkreis Eisleben und den Mansfelder Seekreis errichtet worden ist.

Betriebsmord

bei den Bauarbeiten an der Saaletalsperre.

Am Montag abend ereignete sich bei den Bauarbeiten an der Saaletalsperre ein tödlicher Unfall. Der 23 Jahre alte Schlosser Willy Greiner aus Saalburg, der an den Pumpen beschäftigt war, hatte sich von seiner Arbeitsstätte nach einer anderen Pumpstation begeben, um dort zu revidieren. Auf dem Wege dahin überrachte ihn die Sprengung, und erst später wurde Greiner mit zerschmettertem Kopf tot aufgefunden.



Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten.
Entfernt d. Harnsäure! 6000 Ärzte-Gutachten!
Vollkommen unschädlich. Frag. Sie Ihr. Arzt.

Renegaten haben keinen Platz in der KPD

Das bisherige Mitglied Hans Lorbeer, Piesteritz, wird aus der KPD aus folgenden Gründen ausgeschlossen:

Lorbeer steht seit längerer Zeit mit der Renegatengruppe Brandlers in Verbindung, leistete für sie Spitzeldienste in der Partei und arbeitete unter einem Pseudonym an der brandleristischen Zeitung „Arbeiterpolitik" mit. Andererseits lehnte L. jede Parteiarbeit ab, beschimpfte und verleumdete die Partei in der Oeffentlichkeit. Trotzdem L. die Möglichkeit gegeben wurde, seine Fehler einzusehen und anzuerkennen, hat er seine parteifeindliche Einstellung immer offener zur Schau getragen.

BL der KPD Halle-Merseburg.

Werbt für den „Klassenkampf"

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Adalbert Schultz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 5.

22. Fortsetzung.

Er ist gesetzesfromm, stark religiös eingestellt. „Um Gotteswillen, Mensch, rede doch nicht so etwas! Du versündigst dich ja! Das wird doch auch streng bestraft, neulich ist hier erst jemand verurteilt worden." Der Baurat lächelt überlegen: „Erstens würde ich mich nicht selber damit befassen und das Aenne allein überlassen. Für so dumm hältst du mich doch wohl auch nicht. Das ist nicht nötig. Aenne ist couragiert und hat Geld im Ueberfluß, und dann — warum nicht? Soll ich da vielleicht abreden?, denke ja gar nicht dran! Ich will ja gerade, daß Aenne später noch mit einem anderen glücklich wird. Bekommt sie aber erst ein uneheliches Kind, so ist sie für alle Zeiten degradiert. So ehrlich wie sie nun mal ist — du siehst, ich werde auch ihren guten Eigenschaften völlig gerecht —, müßte sie ja jedem Manne, der ihr später einmal nähertritt und sich um sie bewirbt, die Wahrheit berichten. Viele Männer würden sich nicht damit abfinden können. Wir haben ja leider noch ganz allgemein die spießige und blödsinnige Auffassung, daß der Mann vor der Ehe alles tun darf, sogar ganz nette Gemeinheiten auf dem erotischen Gebiet, während so ein armes Mädel erledigt ist, wenn sie es wagt, der Konvention zu trotzen und sich dem Manne ihrer Wahl hinzugeben.

Und das Verlogene dabei ist, daß man ihr das verzeiht, daß kein Hahn danach kräht! Nur Mutter darf sie nicht werden! Ich kenne Aennes Familie zwar nicht persönlich, doch aus Beschreibungen und Briefen. Du kannst versichert sein, die Alten, die Aenne heute noch vergöttern, werfen sie einfach aus dem Hause, wenn sie von der Schwangerschaft etwas erfahren. Sie brechen alle Beziehungen zu ihr ab. Der alte Herr ist Honoratiore!, Stadtverordneter und Vorstand des Kriegervereins und Kirchenältester und Gott weiß was noch alles. Jedenfalls vernagelt von oben bis unten und vollgepfropft mit rückständigen Ansichten. Es würde ihm zwar das Herz brechen, ebenso seiner biederen Ehehälfte, aber er wird dabei starr und steif bleiben — und dann sind drei Menschen unglücklich gemacht."

Der Freund vermag nicht viel zu erwidern. Er sagt nur noch: „Aber denk doch, wie du dich versündigst. So ein Keim ist doch auch ein werdender Mensch. Du weißt doch, wie auch die Kirche darüber denkt." Da wird der Baurat ganz wild: „Das Gesetz in Ehren, das muß man schließlich als Staatsbürger achten, solange es irgend geht, trotzdem Not bekanntlich Eisen bricht und kein Gebot kennt; aber wenn du mir mit dem Pastor und der Kirche kommst, nein, das ist denn alles doch zu unlogisch. Wenn die Kirche folgerichtig handelte, dann ließe ich mir das gefallen! Aber dann müßte sie ihren Schäflein auch beibringen, daß jeder Geschlechtsakt, der nicht mit der ausgesprochenen Absicht vollzogen wird, ein Kind zu zeugen, unsittlich sei. Dann müßte sie alle Irrigatoren und Präventivmittel verbieten. Dann müßten die Männer Gottes vor allem auch selber danach handeln. Ich glaube nicht, daß unser Superintendent, der vier Kinder hat, nur ... Doch wir wollen dieses unästhetische Thema wirklich verlassen, das alles reimt sich überhaupt nicht zusammen. Es hat keinen Zweck, noch länger zu debattieren. Ich bin fest entschlossen, mit durch diesen kleinen Blubber, der da wächst, und noch so ganz wesenlos ist, mein Leben nicht derartig komplizieren zu lassen!"

„Und was sagt Aenne dazu?" „Ja, das ist schwer zu sagen. Man wird nicht so ganz klug aus ihr. Als ich ganz vorsichtig die Möglichkeiten mit ihr besprach, war sie erst ganz entgeistert. Im Innern mag sie wohl gehofft haben, ich würde durch die Tatsache der Schwangerschaft zum Absprung gebracht werden und sie zu meiner Frau machen. Ich glaube aber, ich habe dann doch die richtigen Worte gefunden und sie überzeugt, daß das nicht geht. Sie weiß jedenfalls jetzt eindeutig, daß ich es eben nicht kann und nicht will. Sie schien sich hineinzufügen." „Armes Mädel," meint der Freund. Dann wechselt man das Gesprächsthema, und beide gehen schließlich verstimmt nach Hause.

Die nächsten Wochen bedeuten ein Martyrium für das arme Mädel. Sie ist zu dem Entschluß gekommen, sich abtreiben zu lassen. Zunächst geht sie zu dem Arzt, der sie immer behandelt. Der untersucht sie und stellt eine Schwangerschaft fest. Das war ihr nichts Neues. Er ist aufrichtig bewegt, kennt er doch die Konsequenzen für Aenne, die Stellung, Familienfrieden, Ehre verlieren muß, so wie das Leben in der Kleinstadt nun einmal ist.

Schüchtern bittet Aenne, er solle ihr doch helfen; sanft, beinah liebevoll, aber doch kategorisch lehnt er ab. Drei Tage später versucht die Unglückliche es noch bei einem anderen Arzt, von dem behauptet wird, daß er freiere Auffassungen habe. Mit klopfenden Pulsen sitzt sie im Wartezimmer und richtet es so ein, daß sie zuletzt an die Reihe kommt. Der Arzt kennt das schon, dieses Hinausschieben dramatischer Untersuchungsresultate, das alle die armen Frauen und Mädchen so handeln läßt. Auch er lehnt ab.

Mit Aennes Stolz ist es jetzt vorbei. Sie bettelt und fleht, bietet märchenhaft hohe Summen, so daß der Arzt schließlich unwillig wird und die Unterredung jäh abbricht. Er warnt sie aber noch einmal und redet ihr gut zu: „Das ist doch nicht so schlimm. Sie sollten aufs Land gehen und dort Ihre schwere Stunde abwarten, das Kind können Sie dann bei guten Leuten unterbringen, und bald ist Gras darüber gewachsen."

Er sieht eben nur die Begleiterscheinungen und versteht sich herzlich schlecht auf die Psyche einer Frau. Aenne hat klar erkannt, daß sie den köstlichen Schatz ihrer Liebe, ihre Jungfräulichkeit, einem herzlosen kalten Schurken geschenkt hat, dem sie nur Lustobjekt war. Sie will von diesem Manne nicht Mutter werden. Sie will kein Kind gebären, das sie später hassen muß, weil es die Züge des Vaters trägt, den sie jetzt verachtet. Dessen Gefühlskälte und Charakterlosigkeit will sie in dem Kinde — auch ihrem Kinde — nicht auferstehen sehen, und darum, nicht aus anderen Gründen, ist sie so fest entschlossen, diesen Keim zu zerstören, koste es auch, was es wolle, sogar das Leben. Not, Schande, Entbehrung würde sie standhaft ertragen haben, wenn ihr Geliebter in ihren Augen die Prüfung bestanden hätte, wenn sie ihn noch achten und lieben könnte. Aber jene Unterredung, in der sie die Ruhe und das Verständnis gezeigt hatte, die dem Baurat so gefielen, war der Schlußstrich gewesen, den sie unter ihre große Liebe gesetzt hatte. Ihr Herz war jetzt wie ein ausgebrannter Krater.

Sie entschließt sich zum Gehen und schleicht davon.

Am nächsten Tage schon fährt sie in die Großstadt. Da gibt es ja massenhaft Leute, die helfen, wenn man nur Geld hat. Zuerst sucht sie einen Frauenarzt auf.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0009

Aus dem Bezirk

Freitag, den 17. April 1931.

Der „Rote Wähler"

Die neueste Nummer des „Roten Wähler" ist zugleich eine Jubiläumsnummer. Seit einem Jahr erscheint jetzt der „Rote Wähler", das Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion. Es gibt kaum eine Zeitschrift, die so schnell ihre Auflage steigern konnte, weil sie für alle Mitglieder und Funktionäre der Kommunistischen Partei, der proletarischen Massenorganisationen unentbehrlich geworden ist, wie der „Rote Wähler".

Auf die April-Nummer kann niemand verzichten. Sie dient der Auswertung des letzten Tagungsabschnittes des Reichstages, in ihr sind sowohl die Abstimmungen zum Hungeretat der Brüning-Regierung wie auch die entscheidenden Absätze aus den Reden der verschiedenen Parteivertreter enthalten. Aus dem Inhalt zählen wir nur auf:

Walter Stoecker: Der Brüning-Etat angenommen. Theo Neubauer: Der Kampf um die Millionärsteuer. Hans Schröter: Der weitere Abbau der Sozialpolitik. Erich Glückauf: Wirth und Severing — Die Einheitsfront des Kulturfaschismus. Edwin Hoernle: Das kapitalistische „Ostprogramm" und das Ermächtigungsgesetz zum neuen Zollwucher. Hans Kippenberger: Der wirkliche Heeresetat. Walter Stoecker: Die Panzerkreuzerserie wird gebaut.

Außerdem enthält der „Rote Wähler" eine ganze Seite dokumentarischer Wiedergaben der wichtigsten Abstimmungen über kommunistische Anträge und Regierungsvorlagen. Diese Abstimmungsliste allein müßte für jeden Arbeiterfunktionär Veranlassung sein, den „Roten Wähler" zu beziehen, denn sie liefert politisch einwandfreies und fundiertes Material gegen den sozialdemokratischen Arbeiterverrat.

Das ganze Material ist für 10 Pf. zu erhalten und zu beziehen durch alle Litvertriebsstellen, sowie direkt vom Sternverlag, Berlin C 2, Burgstraße 30. Auch die Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Der Kampfausschuß gegen § 218

dem im Zentral- und im Bezirksmaßstabe alle Arbeiter- und Kulturorganisationen unter der Führung der IAH und der Arso angeschlossen sind,

organisiert den Kampf

auf breitester Grundlage!

Bildet überall Orts-Kampf-Ausschüsse gegen § 218, für Verteidigung Dr. Friedrich Wolfs und Frau Dr. Kienle und berichtet an den Bezirks-Kampf-Ausschuß, Halle a. S., Große Steinstraße 16. In allen Versammlungen gegen den § 218 sind Listensammlungen für den Kampffonds durchzuführen.

Zur Führung der Prozesse werden große Mittel gebraucht!

Waffen gegen § 218

Unentbehrliches Material zum Kampf gegen den § 218 und zur Steigerung der Volksaktion gegen § 218 bringt Heft 4 der Zeitschrift „Proletarische Sozialpolitik", das eben erschien. Jeder Referent, jeder interessierende Werktätige findet in diesem Heft Tatsachenmaterial und Zahlen, die er notwendig braucht, um den Befürwortern des Mordparagraphen entgegentreten zu können und um sich selbst ein klares Bild von dem Massenelend zu machen, das dieser Paragraph im Gefolge hat.

Jede proletarische Organisation, die in der Front der Kämpfer gegen den § 218 steht, sollte es als ihre wichtigsten Aufgaben betrachten, dieses Heft in Massen zu vertreiben.

Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir hervor: Die ärmsten Schichten haben die höchste Kinderzahl. Die Zahlen dieses Artikels beweisen, daß der § 218 nur der besitzenden Klasse nützt. Ist Abtreibung gefährlich? Diese Frage wirft Dr. med. Reni Begun auf und beantwortet sie mit einer Gegenüberstellung des Zustandes im kapitalistischen Deutschland zur bevölkerungspolitischen Lage in Sowjetrußland. Auch in diesem Artikel sprechen Zahlen ein klares Urteil gegen den Paragraph, sie geben einen Einblick in die erschreckenden Folgen der Pfuscherei, die durch den § 218 gezüchtet wird. Ein Beitrag zur Frage der Schwangerschaft ist der Artikel: Krankenkassen und Schwangerschaftsverhütung. Den moraltriefenden Heuchlern, die sich für den § 218 einsetzen, wird durch den Artikel des Reichstagsabgeordneten Himmler die Maske vom Gesicht gerissen, der den Lübecker Säuglingsmord zum Gegenstand hat. Der Artikel „Verbreiterung der Volksaktion gegen § 218" enthält Aeußerungen bekannter Aerzte und Juristen, u. a von Prof. Lujo Brentano, Prof. Dr. Liepmann, Dr. Ebermayer. In der „Proklamation zum Volkskampf gegen § 218" sind die Forderungen des Kampfausschusses gegen § 218 festgelegt.

Außerdem enthält das Heft Beiträge zum Sozialetat und zu anderen aktuellen sozialpolitischen Fragen.

Bestellt die „Proletarische Sozialpolitik" sofort bei den Litobleuten oder direkt bei der Volksbuchhandlung G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Preis pro Heft 30 Pfennig.

Merseburg-Querfurt

Genossenschaftsschädling in Niederclobigkau am Pranger

A.-K. Niederclobigkau. Auch hier sind Elemente am Werke, die die rote Konsumgenossenschaft unterwühlen wollen. Ein solches Element ist Viktor Luthard, der mit allen Mitteln versucht, unsere Verteilungsstelle 31 zu unterminieren. Wir warnen die Genossenschaftler und alle anderen Arbeiter vor ihm. Mit Wolle und Ofenplatten geht er in die Häuser der Einwohner, versucht seine Ware loszuwerden und schüttet gleichzeitig Dreckkübel über die Genossenschaft aus. Dieser Tage hat Luthard es fertiggebracht, Leute, die im Konsum kaufen, anzuspucken. Luthard wird mit seinen Wühlereien kein Glück haben. Die Arbeiterschaft von Clobigkau folgt keinem Verräter, sondern weiß, daß es jetzt erst recht gilt, dem roten Konsum die Treue zu halten.

Zur Kennzeichnung, was für ein Element Luthard ist, wollen wir noch darauf hinweisen, daß dieser, als vor drei Wochen sämtliche Wohlfahrtsunterstützungsempfänger beschlossen hatten, keine Pflichtarbeit in der Gemeinde zu leisten, zum Ortsgewaltigen ging und sich anbot, zu arbeiten. So fällt er sogar den Unterstützungsempfängern, die mit vollem Recht Bezahlung ihrer Arbeitsleistung fordern, in den Rücken.

Arbeiter von Clobigkau, gebt solchen Elementen die richtige Antwort. Führt der roten Konsumgenossenschaft neue Mitglieder zu, kämpft gemeinsam mit der Kommunistischen Partei!

Bad Lauchstädt. Von der Arbeiter-Schalmeien-Kapelle wurden beim Vergnügen 4.02 Mark gesammelt und der Roten Hilfe überwiesen.

Junker und DLV-Bonzen in einer Front!

Sie sprengen Lügen über die streikenden Landarbeiter aus

A.-K. Lichtenburg. Das standhafte Verharren der Lichtenburger Landarbeiter im Streik scheint den Junkern wie den Gewerkschaftsbonzen unangenehm zu werden. Die Wahrheit darf nicht gesagt werden, sonst würde die gesamte Landarbeiterschaft aufstützig. Deshalb greifen die DLV-Bonzen zur Lüge.

Bei einem Besuch der Landarbeiter in Mockritz und Neiden erzählten die Streikenden unseren Genossen, der **„Herre" und Herr Jentzsch vom DLV haben ihnen gesagt: „Der Streik sei zu Ende und die Arbeiter sind alle entlassen!"**

Der Vertrauensmann des Herrn Jentzsch auf Gut Drögnitz bei Neiden ging sogar so weit und behauptete, daß der streikende Kollege A. dies erzählt habe. Als wir nun zur Feststellung der Wahrheit die beiden gegenüberstellten, stellte sich heraus, daß diese Lüge vom Junker und dessen Anhang kolportiert war. Auf diese Weise glaubt man die Landarbeiter einzuschüchtern und vom Kampf gegen Lohnraub abzuhalten. In dasselbe Horn tutet die Polizei.

Die Polizei erklärte unsern Genossen: „Die Landarbeiter streiken gar nicht, sie sind nur zu faul zum Arbeiten!" Das zeigt so richtig, wie stark der Faschismus sich in der Polizei eingebürgert hat. Der Berufsstreikbrecher, Nazi Koppenhöfer, ist ein Kapitel für sich. Er war der erste, der sich in Lichtenburg zeigt und den Streikenden in den Rücken fiel. Kaum acht Tage nach Beginn seiner schäbigen Handlung hat er sich verheiratet. Nun spekuliert er auf eine Stellung und Wohnung auf der Domäne. Hier zeigt er so richtig, welch Geistes Kind er ist, und die Arbeiterschaft wird diesen Burschen im Auge behalten.

Ein besonderes Interesse an der Niederringung der Streikenden muß der Lichtenburger Amtsvorsteher Zeller haben. Ihm sind vor Wochen von der Domänenpächterin die Invalidenkarten zugeschickt, die er den Kollegen anpreist. Aber die Entlassungsbescheinigungen und den noch rückständigen Lohn hat der Herr bisher für die Arbeiter nicht besorgt. Wir fragen an: Mit welchem Recht darf er die Karten aufbewahren? Wir werden ihn zur Rechenschaft ziehen. Vorläufig sind die Landarbeiter nicht entlassen und streiken nach wie vor gegen Lohnraub.

Delitzsch-Torgau

Volksbegehren in Jessen

A.-K. Jessen. Zur Propaganda des Stahlhelm-Volksbegehrens hat sich die NSDAP, Ortsgruppe Jessen, ihren neuen Gauleiter Jordan hergeholt. Man konnte zunächst denken, einen kommunistischen Redner vor sich zu haben. Die Ausführungen über den Weltkrieg, über die Erwerbslosigkeit, konnte man Wort für Wort unterschreiben. Aber dann kam es anders: In dem Ringen zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus vertrete der Bolschewismus das heutige System, der Nationalsozialismus vertrete eine neue größere Idee. Und nun wurden, auf die Unwissenheit der Zuhörer rechnend, dem Bolschewismus alle Schandtaten der Brüning-Severing unterschoben. Man staunt ob solcher Unverfrorenheit. Aber den Gipfel der Frechheit stellt es dar, daß Jordan es wagt, zur Behebung der deutschen Krise (eine Weltwirtschaftskrise wird geleugnet) eine Besteuerung der Millionäre, der Dividenden und Tantiemen zu verlangen.

Es ist danach kein Wunder, daß man unseren Genossen, der mit einigen Tatsachen diesen ganzen Schwindel aufdecken wollte, nicht zu Worte kommen ließ. So etwas ist auch nur möglich in einem Ort, in dem die Arbeiterschaft schwach ist, in dem ihr das Klassenbewußtsein noch so sehr fehlt, daß ein großer Teil Proleten in Stahlhelm-Uniform in der Nazversammlung sitzen und Bravo brüllen, wenn ein Kommunist mundtot gemacht wird.

Aber wenn auch vorläufig hier Nazis und Stahlhelm triumphieren, wenn man uns in öffentlichen Versammlungen nicht zu Wort kommen läßt, so werden wir trotzdem Mittel und Wege finden, zäh und unermüdlich die Arbeiterschaft von Jessen darüber aufzuklären, was Bolchewismus wirklich bedeutet. **Es ist ja doch nur ein Zeichen von unerhörter Schwäche und Hilflosigkeit, daß der Gauleiter der NSDAP selbst zu solchen Verdrehungen und Schwindeleien seine Zuflucht nehmen muß.**

Die Bürgerlichen erreichen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in Viehla

Arbeiter, Erwerbslose, jetzt gebt acht!

A.-K. Viehla. In der Gemeindevertretersitzung am 10. April mußten schon bei der Protokollverlesung unsere Genossen den Bürgerlichen scharf entgegentreten. Ein Wohlfahrtsempfänger hatte einen Antrag gestellt, zur Schulentlassung seiner Tochter eine Beihilfe zur Anschaffung von notwendigen Sachen zu gewähren. Ein Bürgerlicher hatte in der unverschämtesten Weise den Haushalt des Wohlfahrtsempfängers bespitzelt und glaubte nun durch Denunziationen es dahin zu bringen, daß der Antrag des Wohlfahrtsempfängers abgelehnt werden müsse. Unsere Genossen leuchteten dem Denunzianten in der richtigen Weise heim.

Ueber den Abbau eines Gemeindearbeiters entspann sich eine lebhafte Aussprache. Da keine Einigung zustandekam, wurde dieser Punkt vorläufig vertagt. Auf der Tagesordnung stand weiter die Beratung über die **Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.** Die Genossen der KPD wiesen auf die große Gefahr der Wohnungsspekulation hin und forderten in einem Antrag, daß die Wohnungszwangswirtschaft beibehalten wird. Die Bürgerlichen stimmten dagegen. Der Gemeindevorsteher Beyer, der Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins ist, trat warm für die Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft ein. Es wird sich zeigen, daß er, wenn in der nächsten Zeit Mieter exmittiert werden, er nicht in der Lage ist, den betroffenen Familien andere Wohnräume zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeiter müssen sich dagegen wehren, daß Arbeiterfamilien mit ihren Habseligkeiten auf die Straße gesetzt werden. Es dürfen sich nicht wieder solche Episoden wie kürzlich in der Haidaer Straße abspielen. In anderen Städten haben wiederholt schon die Arbeiter Beispiele von praktischer Solidarität in solchen Fällen gegeben.

Elsterwerda. Stadtverordnetensitzung in Elsterwerda. Am 14. April fand hier eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Sechs Punkte standen auf der Tagesordnung. Eine Bauparzelle von 181 Quadratmeter wurde der Stadt als Geschenk angeboten. Die Schenkung wurde einstimmig angenommen. Gegen 2 Stimmen wurde auch die Jahresrechnung der Städtischen Sparkasse angenommen. Der eingesetzte Etatsposten für Strom ist um 4798.37 Mark überschritten worden. Diese Etatsüberschreitung wurde zur Kenntnis genommen und bewilligt. Auch bei den Ausgaben für die Polizei ist eine Etatsüberschreitung festzustellen. Gegen diese Etatsüberschreitung stimmten nur die Kommunisten. — Der Elsterwerdaer Haushaltplan schließt in seiner Ein- und Ausgabe mit 259 500 Mark ab und der Bürgermeister konnte sogar einen Ueberschuß von 16 000 Mark vortragen. Nachdem noch eine kleine Anfrage erledigt war, wurde die Sitzung geschlossen.

Falkenberg. Am 12. April löste sich beim Jahrmarktsrummel an Kahn einer Luftschaukel ein Bolzen. Zwei Insassen des Kahnes wurden hinausgeschleudert. Die Kähne waren zum Glück schon im Ausschaukeln, so daß die Verletzungen welche die beiden Mädchen davontrugen, nicht allzu schwerer Natur waren.

Weißenfels-Zeitz

Stahlhelm-Seldte kündigt faschistische Diktatur an

A.-K. Weißenfels. Stahlhelm-Seldte, der Primo de Litöro aus Magdeburg, nahm in Weißenfels von seinen Getreuen aus dem Zeitz-Weißenfels-Naumburger Kreise die Parade ab. Der Polizeipräsident Krüger sorgte rührend für Ruhe und Ordnung, indem er eine große Anzahl seiner Beamten zum Schutze des Stahlhelms bereitstellte. Es fehlte nur noch, daß sich die Polizeibeamten auch noch am Parademarsch beteiligen mußten. **Als einer der Polizeibeamten etwas den Mund verzog, weil wahrscheinlich auch ihm die ganze Sache lächerlich vorkam, wurde Seldte fuchtig und sagte zu dem Beamten:**

In zwei Jahren werden Sie nicht mehr lachen! — Seldte kündet also offen die faschistische Diktatur an.

Das kann sich der Stahlhelm ruhig erlauben, denn er braucht dabei keineswegs zu fürchten, daß er als Organisation verboten wird. Hier drückt Herr Severing beide Augen zu.

Weil die Polizeibeamten zu viel beschäftigt waren, den Stahlhelm zu schützen und nebenbei die Kommunisten zu beschnüffeln, konnten sie deshalb auch nicht die notwendigen Nachtkreisen durchführen. Dies machten sich einige Einbrecher zunutze und brachen bei der Firma Alfred Heeg, Kl Kalandstraße, sowie bei Uhren-Hoffmann ein. Sie zertrümmerten die Schaufenster und räumten fort, was ihnen besonders gefiel. Die Beute scheint gar nicht so schlecht gewesen zu sein.

Wir stellen fest: Polizei ist überall da, wo sie nicht gebraucht wird. Wo sie dagegen da sein müßte, ist sie nicht zu finden!

Sozialfaschistischer Ortsvorsteher bringt Wohlfahrtsempfänger ins Gefängnis

A.-K. Zangenberg. Die Verfolgungen der kommunistischen Presse in der deutschen Republik setzen sich fort bis ins kleinste Dorf. Die Ortsgruppe der KPD Zangenberg gibt seit längerer Zeit eine Dorfzeitung heraus, in der die verräterische Rolle der sozialfaschistischen Führer im Reich wie in der Gemeinde Zangenberg der Einwohnerschaft aufgezeigt wird. Diese Zeitung ist den Sozialfaschisten in Zangenberg ein Dorn im Auge. Ein junger Arbeiter, der sich in die KPD eingereiht hat, zeichnet für die Zeitung verantwortlich. Durch alle Schikanen hat man schon versucht, den Kampfgeist der kommunistischen Genossen zu brechen und den Einfluß unserer Dorfzeitung zu untergraben. Beides von keinem ist ihnen aber bis jetzt gelungen.

Aus größter Wut darüber hat nun ausgerechnet ein sozialfaschistischer Arbeitervertreter einen gesetzlich unbedeutenden Fehler unserer Dorfzeitung benutzt, um den Verantwortlichen dieser Zeitung der Klassenjustiz auszuliefern. **Weil auf der Zeitung nicht der Wohnort des Verantwortlichen angegeben, brummte man durch die Hilfe des sozialfaschistischen Amts- und Ortsvorstehers Köhler unserem Genossen drei Tage Gefängnis auf.**

Sozialdemokratische Arbeiter! Das ist die Fratze eurer Führer. Hier seht ihr, wie schon ein kleiner Bonze mit der Klassenjustiz zusammenarbeitet, um revolutionäre Arbeiter hinter Kerkermauern zu bringen. **SPD-Arbeiter! Wollt ihr von diesen Arbeiterverrätern eine Besserung eurer Lebenslage erwarten? Macht endlich Schluß mit dieser Panzerkreuzerpartei und reiht euch ein in die Kommunistische Partei, welche den Kampf führt, um dieses Hungerdasein zu beseitigen.**

Die roten Tage der RGO

müssen ein großer Erfolg werden! Sie sind zugleich der Auftakt für

Massenaufmarsch und Massenstreik am 1. Mai!

Nun heran an die Werbearbeit für die RGO!

Rote Agitatoren werben auf dem roten Presseabend

In Halle: am Freitag, dem 17. April, 20 Uhr, im „Wintergarten".

In Bitterfeld: am Sonntag, dem 19. April, 20 Uhr, im „Volkshaus".

In Eisleben: am Freitag, dem 24. April, 20 Uhr, im „Volkshaus".

In Naumburg: am Freitag, dem 1. Mai, 20 Uhr. Lokal wird noch bekanntgegeben.

In Wittenberg: am Sonnabend, dem 16. Mai, 20 Uhr. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Mansfeld-Sangerhausen

Die Steuerzahler von Leutschenthal werden wieder zahlen müssen

A.-K. Leutschenthal. Der Einwohnerschaft von Leutschenthal dürfte noch nicht allgemein bekannt sein, daß dem Landwirt Kurt Vogel sein Hab und Gut in diesen Tagen, nämlich am 15. April, an Gerichtsstelle in Halle (Saale) versteigert werden soll. Wiederum zeigen sich die Folgen der trustkapitalistischen Niedergangsperiode, in deren Strudel nicht nur kleine Geschäftsleute hineingerissen werden, sondern ganz speziell der Kleinbauer. Ungeheure Steuerlasten, die Agrarpolitik Schieles in engster Verbundenheit mit dem sozialdemokratischen Dr. Baade, bewirken, daß auch kleinere und mittlere Bauern dem Zusammenbruch geopfert werden.

Was uns aber als Einwohnerschaft von Leutschenthal an dem Zusammenbruch des Vogelschen Besitzes interessiert, ist vor allem die Verschwommenheit der verwaltungstechnischen Maßnahmen der Gemeindeverwaltung in Unterteutschenthal. Die 14 Morgen Acker, welche seinerzeit benötigt wurden, um die Trommlerschen Ideen zu realisieren, gingen aus dem Vogelschen Besitz hervor. Angeblich sollen diese 14 Morgen getauscht sein. Was nun aber bei diesem Tausch vergessen wurde (und vergessen werden sollte!), liegt ganz im Wesen der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Die Tüchtigsten der Tüchtigen, einschließlich des ortsbekannten „Maurerpoliers" Herm. Hennicke, ließen alle notwendigen und erforderlichen Schritte hierfür außer acht. **Somit liegt der Grund und Boden auf dem die Gemeindeschule und die neue Siedlung steht, tatsächlich mit in der Vogelschen Konkursmasse.**

Die steuerzahlenden Einwohner, Kleinhandwerker, Kleinbauern, Angestellten, Kleinhäusler und Arbeiter, die zu Hunderten erwerbslos und ausgesteuert sind, werden wieder erneut hohe Steuern über sich ergehen lassen müssen.

Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?

Verantwortlich: Bruno Rothe, Halle, für Politik, Lokales, Sozialkreis und Beilagen; Ella Seidel, Halle, für Provinz; Karl Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0010

Nordhausen

SPD-Arbeiter fordern Bildung der Einheitsfront mit der KPD

A.-K. Pustleben. Hier in Pustleben ist zu verzeichnen, daß sozialdemokratische Arbeiter sehr lebhaft und eingehend mit den kommunistischen Arbeitern debattieren. Die sozialdemokratischen Arbeiter erklären, daß sie in Zukunft verweigern werden, für die SPD Kleinarbeit zu leisten. Sie könnten das nicht mehr vor den Arbeitern verantworten, was ihre Führer tun. Unter der Führung der SPD ist es mit der Arbeiterschaft nicht einen Schritt vorwärts gegangen, sondern immer weiter rückwärts. Unter solchen Umständen, wie es die Bewilligung des Panzerkreuzerbaues, die Ablehnung der Millionärsteuer usw. sei, wäre es vollständig aussichtslos, den zweiten Mann zu werben. Ein SPD-Arbeiter erklärte voll bitterer Ironie, unsere Führer haben richtig sozialisiert. Für uns gibt es 6—25 Mark wöchentlich. Sie wissen nicht mehr, wie es Arbeitern zumute ist.

Besonders die letzten Vorgänge in Pustleben haben den SPD-Arbeitern die Augen geöffnet. Es sollten hier Versammlungen der SPD stattfinden und in der „Nordhäuser Volkszeitung" waren die Gegner der SPD zur Aussprache eingeladen worden. Die Versammlungen wurden abgeblasen, weil die SPD-Führer der Unterbezirksleitung die Diskussion mit den Arbeitern fürchteten. Diese Tatsache ist es, die jetzt viele SPD-Arbeiter dazu bringen wird, Schluß mit der SPD zu machen. **Die SPD-Arbeiter erklären, daß nur die Bildung der Einheitsfront von unten der gesamten Arbeiterschaft helfen könne.**

Wir sagen den SPD-Arbeitern: Ihr seid auf dem rechten Wege. Geht noch einen Schritt weiter. Kämpft mit der KPD und der RGO für die Beseitigung der bestehenden unhaltbaren Zustände!

Unsere Antwort an Brüning-Severing!

8 Neuaufnahmen für die Partei, 2 für die Jugend

A.-K. Nordhausen. Der Versammlungssaal war überfüllt. Genosse Paul Meinicke, der augenblicklich aus Leningrad in Sangerhausen auf Besuch weilt, sprach über seine eigenen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjet-Union. Als Parteiloser ging er nach dort, und **das gewaltige Aufbauwerk hat ihn zum Bolschewisten gemacht.**

Treffend zeigte er uns, wie die Berichte gegen Sowjet-Rußland in der bürgerlichen und SPD-Presse entstehen. Bei den Verfassern handelt es sich zumeist um solche Leute, die wegen gemeinen und groben Verstößen gegen die Grundsätze des Kommunismus aus Rußland ausgewiesen sind. Mit Begeisterung stehe der russische Arbeiter zu seinem Werk, die Rote Armee ist bereit, dieses Werk mit allen Mitteln zu verteidigen!

Sein Appell an alle Arbeiter, in die KPD einzutreten und für ein Arbeiterdeutschland zu kämpfen, wurde begeistert aufgenommen.

Der Erfolg der Versammlung waren 8 Neuaufnahmen für die Partei und zwei für den Jugendverband. Die Schmierfinken der SPD-„Volkszeitung" waren, trotzdem sie durch Handzettel informiert waren, nicht erschienen. Wir wissen warum! Auch in Nordhausen geht der zweite Mann, den die SPD schon so lange sucht, zur KPD!

Rote Agitatoren — Roter Presseabend

Bitterfeld: Am Sonntag, dem 19. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Volkshaus".

Einiges aus dem Programm: Truppenlied, Zeitungslied, Kolorteure der AIZ, Schwanengesang der Kapitalisten usw. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Unternehmer und Kirche Hand in Hand

A.-K. Brücken (Helme). Der Rittergutsbesitzer H. Gertzner von hier denkt, daß er mit seinen Schikanen, die er besonders jetzt bei Neueinstellungen von Arbeitern und Arbeiterinnen macht, die Arbeiter einschüchtert. Er versucht diejenigen Arbeiter, die auf dem Wege sind, der Kirche den Rücken zu kehren oder schon ihren Kirchenaustritt getätigt haben, dadurch wieder für die Kirche einzufangen, daß er erklärt, daß bei ihm nur die Leute eingestellt werden, die Kirchenanhänger sind. Wir glauben diesem Ausbeuter gern, daß er Interesse daran hat, kirchengläubige Arbeiter zu haben, die sich das Bibelwort „Jedermann sei untertan der Obrigkeit" immer vor Augen halten. Aber die Landarbeiter sind gar nicht davon überzeugt, daß es immer Ausgebeutete und Ausbeuter geben muß, daß der Knecht immer Knecht und der Herr immer Herr bleiben muß! Die Landarbeiter halten es mit der Stellungnahme der russischen Brüder, daß jeder ein freier, gleichberechtigter Mensch sein soll. Sie werden sich deshalb im Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter zusammenschließen und dafür kämpfen, daß wir auch bald in Deutschland solche Verhältnisse wie in der Sowjetunion haben.

Gleichzeitig wollen wir auch einiges über die Ausbeutung von Wohlfahrtsempfängern in Brücken schreiben. Hier wurde die Einquartierung einer Schwadron Reichswehr angemeldet. Da wurden die Wohlfahrtsempfänger und die Erwerbslosen dazu bestimmt, auf den Gütern Ställe zu reinigen, Krippen zu bauen usw. Die Erwerbslosen sind nicht sofort auf diese Zwangsarbeit hineingefallen und erkundigten sich erst an anderer Stelle, ob sie verpflichtet sind, diese Arbeit zu machen. Dort wurde ihnen aber gesagt, daß sie nicht gezwungen werden könnten, diese Arbeit zu verrichten.

Besonders müssen wir noch anprangern, daß die Erwerbslosen, die für die Stadt arbeiten müssen, ihr eigenes Werkzeug noch mitbringen müssen. Es gibt aber keine Werkzeugzulage dafür. Auch zu Arbeiten, die keine Erwerbslosenarbeiten sind, werden die Erwerbslosen verwendet, z. B. müssen sie Separationsarbeiten machen. Für diese Arbeit müßte bestimmt der Tariflohn gezahlt werden.

Wir fordern die Erwerbslosen von Brücken auf, sich zusammenzuschließen und für ihre Forderungen, Entschädigung für Werkzeugstellung und Zahlung von Tariflöhnen, für alle Pflichtarbeiter einzutreten.

Nordhausen. Der Moskauer Sender in Berlin. Unter dieser Ueberschrift betreibt die „LNN." vom 9. April 1931 eine Hetze gegen den Arbeitersender und den Freien Radio-Bund. Die schlotternde Angst der kapitalistischen Soldschreiber vermag trotzdem die Moskau-Abende des Freien Radio-Bundes nicht herabzusetzen. Sie schreiben: Der „Arbeiter-Sender", das Organ des Freien Radio-Bundes Deutschlands, ist seit dem Sommer 1930 ausgebaut worden. Vier Hefte im Monat, jedes 50 Seiten stark, mit vielen Illustrationen und Europaprogramm. Monatlich 96 Pf. Die Auflage des „Arbeiter-Senders" steigt in enem Tempo, das die kühnsten Hoffnungen seiner Herausgeber übertrifft.

Arbeiter-Hörer, bedarf es da noch einer Propaganda des „Freien Radio-Bundes" und des „Arbeiter-Senders". Man ersieht doch klar, daß diese Organisation und diese Zeitschrift den Kampf gegen die Kulturreaktion bis aufs Messer führt. Reihe dich ein in den Freien Radio-Bund, lies den „Arbeiter-Sender"

Ellrich. Heraus zur Versammlung! Am Sonnabend, dem 18. April, findet in Ellrich, Lokal „Bürgergarten", eine öffentliche Volksversammlung der KPD statt. Als Referent erscheint der Genosse Wedler, Leipzig. Er wird sprechen über das Thema: „Warum Notverordnung?" Wir laden alle Einwohner von Ellrich zu dieser Versammlung ein.

Aus dem Saalkreis

Achtung, Landarbeiter von Priester

Am Sonnabend, dem 18. April, 20 Uhr, findet in Priester, im Lokal Dohndorf, eine öffentliche Landarbeiterversammlung statt. Alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen, Gutshandwerker, Futtermeister und Melker, ob organisiert oder nicht, müssen in dieser Versammlung restlos erscheinen. Als Referent wird ein Vertreter des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter aus Halle anwesend sein. Die Parole für alle Landproleten lautet also: Auf zur Landarbeiterversammlung am Sonnabend in Priester.

Stahlhelmfeiglinge

Am 11. April fand in Petzen eine Stahlhelmversammlung zum Volksbegehren statt. Die Diskussion wurde gleich von vornherein abgeblasen. Der Stahlhelmer Blau hielt ein hundsjämmerliches Referat, das heißt, er las etwas vom Papier ab, zumeist Geschichten aus dem Weltkrieg. Die Grütze dieses Stahlhelmtoppes reichte eben zu einem freien Referat nicht aus. Daß die Stahlhelmer mit ihrem Volksbegehren nur an die Futterkrippe wollen, wagte er selbstverständlich nicht zu sagen. Den Marxismus wollte er mit der Behauptung „erledigen", daß Radek einmal erklärt habe: „wir lassen die Proleten verhungern". Der Marxismus habe kein Interesse am Wohlergehen des Volkes. Wir wollen den Unsinn, den dieser Stoppelfritze außerdem noch verzapft hat, hier nicht weiter anführen, in der Versammlung waren im ganzen 24 Stahlhelmmännlein, 3 Landjäger und einige parteilose Besucher anwesend.

Durch intensive Aufklärungsarbeit der Kommunisten unter den indifferenten Arbeitern konnten 2 Aufnahmen für die Kommunistische Partei gemacht werden.

Nach Schluß der Versammlung konnte man noch feststellen, daß sich die Stahlhelmfeiglinge für ihren Schutz Polizei von Halle bestellt hatten. Der Stahlhelmhäuptling Herrwig bedankte sich dafür ausdrücklich bei dem Offizier des Rollers. Die Angst vor den Proleten hatte sie dazu getrieben.

Gollme. Die Werktätigen fordern kommunale Friedhöfe. Im Kirchenblatt vom 29. März wird ein Bericht, den Arbeiter von Gollme im „Klassenkampf" veröffentlicht haben, voll abgedruckt. Der Bericht ist überschrieben: „Die Kirche wuchert mit Grabplätzen" und entspricht vollständig den Tatsachen. Im Anschluß an die Wiedergabe des Berichtes wird behauptet, daß das Gegenteil von dem, was im Artikel behauptet würde, zuträfe. Wir stellen demgegenüber fest, daß der angebliche „kirchliche" Friedhof von der Gemeinde nicht durch Kirchensteuern, sondern durch Extrabesteuerung der gesamten Gemeindemitglieder, gleichgültig welcher Konfession sie angehören, bezahlt würde. Jede Gemeinde ist ja verpflichtet, dafür zu sorgen, daß für die Toten ein Grabplatz bereitgestellt wird. Daß es einst den Verdrehungskünstlern gelungen ist, das Eigentumsrecht für die Kirche in Anspruch zu nehmen, beweist nur, daß die Arbeiterschaft noch nicht genug auf der Hut gewesen ist. **Wir fordern kommunale Friedhöfe, damit keiner mehr von dem guten Willen der Kirche abhängig ist.**

Arbeiterkorrespondenten vom UB Weißenfels!

Am Sonntag, dem 19. April, 10 Uhr, Konferenz aller Arbeiterkorrespondenten des „Klassenkampf" in Weißenfels im Lokal „Tivoli". Tagesordnung: Die gegenwärtigen Aufgaben der Arbeiterkorrespondenten.

Damen-Mäntel

Flotte Backfisch-Mäntel mit aufgesetzten Taschen und Gürtel, reine Wolle	8.75
Jugendliche Mäntel aus neuartig. Tweed ganz auf Kunstseide	15.75
Aparte Mäntel aus georgetteähnlichen Stoffen m. weißem Pelzkragen, ganz auf Kunstseide	22.50
Fesche Mäntel aus Fleur de laine, mit Jabot und Pelzkragen ganz auf Kunstseide gefüttert	27.50
Gediegene Frauenmäntel aus Fleur de laine, ganz auf Kunstseide gefüttert	35.00
Elegante Mäntel aus Woll-Georgette, reich mit Pelz garniert, ganz auf Kunstseide	48.50

Damen-Kleider

Tweed-Charmeuse-Kleider flotte jugendliche Sportform	6.90
Woll-Musselin-Kleider moderne Kasakform, in schönen Mustern	11.75
Tanz-Kleider aus Marocain, mit Volantgarnitur	14.75
Tweed-Complets zweiteilig, mit weißer Charmeuse-Bluse	15.50
Marocain-Complets in sparten Tweed-Mustern, mit mi Marocain-Bluse	25.50
Nachmittags-Kleider aus Marocain, in feschen Tweed- u. Blumen-Mustern	25.50

Damen-Kleidung
Kleider-Stoffe

Unser Stolz! Unsere Stärke!

In diesen Artikeln liegt **unsere Leistungsfähigkeit,** unsere Fähigkeit, stets billig zu sein. Diese **Leistungsfähigkeit** kann durch nichts überzeugender bewiesen werden als durch unsere Preise. Darum bitten wir: Kontrolliert die Preise, prüft die Qualitäten und dann zu uns!

Lyon-Schnitte in großer Auswahl
Einfache Handhabung. Tadelloser Sitz. **bei uns erhältlich**

J. Lewin
Das neuzeitliche Großkaufhaus – Marktplatz 3-7

Seiden-Stoffe

Tussah-Seiden in besten Fabriksten, reine Seide, hastfarbig Meter 2.38, 1.85	1.25
Toiles in Streifen und den beliebten Pastelltfarben, 75/80 cm breit Meter 2.25, 1.65	1.55
Doupions letzte Neuheit, einfarbig und bedruckt Meter 3.50, 3.00	2.50
Marocains weichfließend, in allen Modefarben, 96/98 cm breit Meter 4.50, 3.75	3.35
Honan-Seiden licht- und waschecht gefärbt, einfarbig und bedruckt Meter 6.90, 3.75	3.50
Flamingos in vielen Modefarben, 98/100 cm breit Meter 6.25, 5.50	4.80

Wasch-Kleider-Stoffe

Wasch-Musseline große Auswahl, moderne Ausmusterungen Meter 0.68 0.58	0.48
Beiderwand-Stoffe in Baumwolle, auch mit Kunstseide, einfarbige Streifen Meter 1.20 0.85	0.58
Wasch-Kunstseiden einfarbig und bedruckt Meter 0.85 0.68	0.58
Künstler-Drucke für Gartenkleider und Schürzen, indanthren farbig Meter 1.00 0.75	0.68
Woll-Musseline Imitation, große Farben- und Musterauswahl Meter 1.00 0.92	0.85
Reinwollene Musseline entzückende Neuheiten Meter 1.65 1.45	1.30

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0011

Zum 18. Bundestag

des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“ in München.

Von Ernst Grube.

Bei der Vorbereitung des Bundestages dieser Massensportorganisation, die unter Führung der sozialfaschistischen Sportbürokratie steht, versuchen die Niemann u. Co. die Mitglieder des Bundes in demagogischer Weise zu betrügen. Unsere Opposition, die zahlenmäßig sehr stark ist, soll ausgeschaltet werden. Angesichts des neuen ungeheuerlichen Verrats der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einschließlich der sozialfaschistischen Sportbürokraten wächst die Rebellion der Mitgliedschaft besonders schnell. Hinzu kommt, daß die Hindenburg-Diktaturverordnung dem letzten Mitglied der Sozialdemokratie die Rolle der sozialfaschistischen Führer zeigt.

Der Sozialfaschist Schreck, der auf dem 17. Bundestag in Hamburg das sportliche Referat hielt, hat gemeinsam mit Gellert im Reichstag dafür gestimmt, daß das Demonstrationsverbot am 1. Mai bestehen bleibt und den roten Arbeitersportlern die Turnhallen, Spielplätze usw. entzogen werden. Schreck stimmte weiter dafür, daß die klassenbewußten Arbeitersportler in der schärfsten Weise verfolgt werden. Schreck und Gellert sind mit der übrigen sozialfaschistischen Sportbürokratie einig, das aus Arbeitergroschen zusammengetragene Vermögen den Ortsgruppen zu stehlen und es im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft einzusetzen.

Hierüber herrscht ungeheure Empörung bei der Mitgliedschaft. Wie antworten die Referenten des Bundesvorstandes in den Ortsgruppen, auf den Bezirks- und Gautagen? Sie erklären jetzt, daß sie mit solchen Maßnahmen ebensowenig wie mit den Ausschlüssen oppositioneller Sportler einverstanden sind.

In Mitteldeutschland, wo wir in den meisten Ortsgruppen die Mehrheit haben, gehen die sozialfaschistischen Demagogen noch weiter.

Hier wurde sogar erklärt, daß die Schaffung des Kampfbundes gegen den Faschismus begrüßt werden müsse. Ueber die Spitzen der Führer hinweg sollen sich die Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus einigen. Diese Aeußerungen werden nur unter dem Druck der opponierenden Mitglieder gemacht.

In Wirklichkeit soll die Mitgliedschaft bloß bis zum Bundestag hingezogen werden, um dann nach der Annahme des verschlechterten Bundesstatuts die oppositionellen Ortsgruppen ausschließen zu können und das Vereinsvermögen zu stehlen.

Deutlich brachte dies Z. vom Bundesvorstand auf dem Gautag in Hannover zum Ausdruck. Auf eine Anfrage eines fanatischen SPD-Funktionärs (der sich in gehobener Stellung befindet), warum der Bund gegen die Opposition in Braunschweig wegen Herausgabe der Saalmaschinen nicht klagt, erwiderte Z., die noch vorhandenen juristischen Bindfäden erschweren die Durchführung erfolgreicher Klagen gegen die Opposition. Er meinte natürlich, erst wenn durch das neue Statut das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder beseitigt ist, kann der Bund erfolgreich klagen. Nach dem Bundestag werden sie gegen die Opposition anders vorgehen.

Eine panische Furcht vor der Abrechnung der Opposition auf dem Gautag hat Gierl vom 14. Gau. Um auf dem am 18. und 19. April stattfindenden Gautag ohne Opposition tagen zu können, verschickt er die in diesem Gau allgemein bekannten Reverse, die wie folgt lauten:

„Erklärung. Ich verpflichte mich, durch meine Unterschrift die Beschlüsse des Bundestages in Hamburg, des Bundesvorstands und Beirates der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege und des Helsingforser Kongresses einzuhalten. — Das gleiche gilt für die Beschlüsse der Gau- und Bezirksleitung. Ferner erkenne ich an, daß ausgeschlossene Bundesmitglieder in Sitzungen und Versammlungen nicht anwesend sein dürfen.“

Solche Reverse dürfen von keinem Mitglied des Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrerbundes unterschrieben werden.

Den Renegaten des Arbeitersports ist unzweideutig zu erklären, daß dieser Wisch keine Gültigkeit hat und kein Gauleiter oder Bundesvorstand berechtigt ist, einen solchen Revers vorzulegen. Selbst die bürgerlichen Klassengerichte, unsere geschworenen Feinde, mußten die Ungültigkeit dieser Reverse anerkennen. Gierl, der dieses Manöver des öfteren versucht hat, ist von der 11. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig bestätigt worden, daß die Vorlegung solcher Reverse unvereinbar ist mit den Satzungen des jetzigen Statuts.

Gierl hatte gegen einige Mitglieder in Böhlitz-Ehrenberg eine Klage eingereicht, weil sich dieselben geweigert haben, den Revers zu unterschreiben und sie deshalb nicht mehr Mitglieder der Ortsgruppe sein könnten. Mit dieser Klage ist Gierl kostenpflichtig abgewiesen worden. Außerdem hatte er sämtliche Streitkosten zu tragen, trotz zweier Rechtsanwälte. In der Ortsgruppe Böhlitz-Ehrenberg hatte Gierl einen anderen Vorstand bestellt und die Beklagten abgesetzt. Die Ungültigkeit des von Gierl und seinen Trabanten eingesetzten neuen Vorstandes begründete das Gericht wie folgt:

„Ungültig ist ihre Wahl deshalb, weil sie in einer Versammlung vorgenommen wurde, zu der nur die Mitglieder der Ortsgruppe eingeladen waren, die für die Unterschrift der Reverse gestimmt hatten. Die Versammlung, in der Eule und Schiffner (die Protektionskinder Gierls) zum Vorstand gewählt sind, konnte, da zu ihr nicht alle Mitglieder eingeladen waren, eine solche Wahl gar nicht vornehmen. Die Klage war daher mit der Kostenfolge für Gierl des § 91 der Zivilkammer-Prozeßordnung abzuweisen.“

Da nicht Gierl, sondern die Mitglieder diese Gerichtskosten aufbringen müssen, glaubt dieser Bursche weiter das Geld der Mitglieder vergeuden zu dürfen.

Bei den bevorstehenden Gautagen, wo die Beauftragten des Bundesvorstandes in ähnlicher Weise wie Gierl in Böhlitz-Ehrenberg auftreten, sind sie von uns aus

im proletarischen Sinne zu belehren, wer in der Organisation bestimmt, die Diktatur des Bundesvorstandes oder die proletarische Demokratie der Mitgliedschaft!

Die Bundesbürokraten haben auf den Bezirks- und Gautagen weder Vollmachten noch das Recht, entgegen den von den Arbeitern geschaffenen Satzungen zu handeln. Ihnen ist überall die gebührende Antwort zu geben. Darüber hinaus sollen sich

alle mit der sozialfaschistischen Bundespolitik nicht einverstandenen Rad- und Kraftfahrer sofort der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit anschließen und gemeinsam mit uns für die Einheit im Arbeitersport auf revolutionärer Grundlage kämpfen!

Rot Sport und die roten Tage der RGO

Mit Unterstützung faschistischer Unterdrückungsmethoden wollen die Unternehmer, der Staat und die Kommunen bei der Gesamtarbeiterschaft und den Angestellten einen weiteren Lohn- und Gehaltsabbau durchführen. Das Lebensniveau der Werktätigen Deutschlands soll immer mehr herabgedrückt werden. In unseren Vereinen ist eine Erwerbslosigkeit von 60—100 Prozent.

Vom 15. April bis 1. Mai findet die Mobilisierungskampagne der RGO statt. In dieser Zeit stellen wir uns restlos in den Dienst der Massenmobilisation gegen Lohnabbau. Unsere Veranstaltungen selbst sind hierbei Werbeveranstaltungen für die RGO und ihre Ziele. Schulter an Schulter mit der Gesamtarbeiterschaft, mit Parteilosen, sozialdemokratischen Arbeitern und Sportlern, mit den Genossen der RGO organisieren wir die Abwehrfront und bereiten den 1. Mai vor. In diesem Kampf aller ist die Parole: Rot Sport vor die Front!

Reichsleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit

300-Millionen-Russengeschäft perfekt

Arbeit und Brot für 200 000 deutsche Arbeiter

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion und dem Reichsverband der deutschen Industrie in Berlin sind gestern bis zur Unterzeichnung gediehen. Für die Schwerindustrie, Elektroindustrie und Maschinenbau sind zusätzliche Aufträge von mindestens 300 Millionen Mark perfekt geworden. Außerdem werden landwirtschaftliche Maschinen, Verkehrsmittel u. a. in großem Umfang bestellt werden. Auch diese Aufträge werden einige Millionen-Summen betragen.

Nach dieser Einigung in allen Punkten soll in den nächsten Tagen die Beziehung zwischen den in Deutschland anwesenden Sowjetfachleuten und den einzelnen deutschen Lieferwerken beginnen.

Selbst bürgerliche Blätter haben die Zahl der Arbeiter und Angestellte, die durch die Moskauer Aufträge auf mehrere Monate Beschäftigung erhalten, auf **mindestens 200 000 geschätzt.**

Die Aufträge der sozialistischen Sowjetunion geben, wenn man Familienangehörige mitrechnet, für nicht weniger als eine Million Menschen in Deutschland Brot.

Genosse Kurt Schmidt in den Fangarmen der Klassenjustiz

Als Schmidt Naziführer war, bekam er nicht eine einzige Anklage — als Kommunist und Agitator gegen Hitlers Mordpest aber wurde er zehnmal verurteilt

Der vor anderthalb Jahren aus der NSDAP ausgetretene Hamburger Nazi-Führer Kurt Schmidt hat sich nach seinem Uebertritt in die KPD in vielen öffentlichen Kundgebungen als wirksamer Agitator gegen die Hitlersche Mordpest gezeigt. Ueberall, wo er sprach, enthüllte er das wahre Gesicht der Hitlerpartei und rechnete scharf mit dieser Schutztruppe des Kapitals ab. Während Genosse Kurt Schmidt, solange er Mitglied der NSDAP war, nicht ein einziges Mal von der Justiz angeklagt wurde, setzte sofort nach seinem Uebertritt zur KPD eine Verfolgungsaktion der Klassenjustiz gegen ihn ein. So wurde Genosse Schmidt verurteilt:

1. wegen Beleidigung von Severing und Zörgiebel zu 2 Monaten Gefängnis;
2. wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu einem Monat Gefängnis;
3. wegen Beleidigung der Stettiner Polizeioffiziere zu einem Monat Gefängnis;
4. wegen Beleidigung der Republik zu 4 Monaten Gefängnis;
5. wegen Beleidigung eines Polizeihauptmannes zu 1 Monat Gefängnis;
6. wegen Gotteslästerung zu 2 Monaten Gefängnis;
7. wegen Gotteslästerung zu 2 Monaten Gefängnis;
8. wegen Beleidigung der Republik zu 3 Monaten Gefängnis;
9. wegen Beleidigung der Republik zu 6 Monaten Gefängnis;
10. wegen Beleidigung der Republik und Gotteslästerung zu 7 Monaten Gefängnis.

Also zu insgesamt 26 Monaten Gefängnis wurde Genosse Schmidt im Verlauf von wenigen Monaten verurteilt. Seit Existenz der Nazipartei haben alle Naziführer zusammengenommen nicht soviel Strafe erhalten, wie das ehemalige Nazimitglied Schmidt. Genosse Schmidt sitzt gegenwärtig diese Strafen hinter republikanischen Gittern ab. Die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse grüßt den tapferen Genossen Schmidt, der gerade durch die Verurteilungen der Klassenjustiz die Bestätigung erhalten hat, daß sein Schritt zur Kommunistischen Partei zum Kampf gegen Faschismus, braunen Mordterror und Kapitalsherrschaft der richtige war.

8 Monate Gefängnis für Gen. Schneller

Durch die Diktaturverordnungen der Brüning-Severing wittern alle reaktionären und faschistischen Staatsanwälte Morgenluft. Der Justizfeldzug gegen die Kommunistische Partei, ihre Mitglieder und Führer hat verstärkt eingesetzt.

Genosse Schneller wurde in den letzten Tagen insgesamt zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar in Breslau wegen Aufforderung zum Steuerstreik mit 2 Monaten Gefängnis, in Königsberg wegen eines Artikels gegen den Zollwucherminister Schiele unter der Ueberschrift: „Er stiehlt ja sein Brot“ zu 3 Monaten Gefängnis und gleichfalls in Königsberg wegen eines Vorwurfs der „schamlosen Demagogie“ gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun gleichfalls zu 3 Monaten Gefängnis.

Gautag der „Soli“-Spalter in Dessau

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und der Mitgliedschaft des Gaues

Heimlich, still und leise hatten sich die Gauspalter des 17. Gaues (Sachsen-Anhalt) des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes am vergangenen Sonntag in Dessau versammelt, um dort Gautag zu spielen. Alles in allem waren 58 Mann versammelt, von denen aber ein beträchtlicher Teil zum Gauvorstand gehörte. Außerdem waren verschiedene Vertreter des Bundesvorstandes zugegen, so daß

die Zahl der Delegierten wohl noch unter 50

zu suchen ist. Bedenkt man außerdem, daß sich die Gauspalter diese Delegierten größtenteils nach eigenem Gutdünken auserkoren hatten und daß die Mitgliedschaft bei der Wahl dieser Delegierten so gut wie ausgeschaltet wurde, so braucht man wohl über diese gründlich gesiebte Tagung nicht weiter verwundert zu sein. Alles in allem waren

auf der Oppositionskonferenz, die vor gar nicht langer Zeit in Halle stattfand, gut dreimal so viele Delegierte versammelt wie auf diesem sogenannten Gautag.

Im Geschäftsbericht unternahm der Oberspalter Bandermann krampfhafte Bemühungen, die im Gau erfolgten Massenausschlüsse auf das Konto der „in der IG versammelten Elemente“ zu schieben. Jähntzsch tutete in dasselbe Horn. Beide wußten im wesentlichen nichts weiter zu sagen, als auf die Zukunft zu vertrösten und in bezug auf diese Zukunft „Hoffnungen auf eine bessere Entwicklung“ auszusprechen.

Etwas deutlicher sprach sich der Gaujugendleiter Brandt aus, der den

„Rückschritt in der Jugendbewegung“

unentwegt zugab und (sogar laut „Volksblatt“) diesen Rückgang auf die

„Radikalisierung der Jugendlichen und der Sympathisierung mit dem extremen Lager“

zurückführte. Damit gab er unumwunden zu, daß die Spalter bei den jugendlichen Rad- und Kraftfahrern nicht im entferntesten landen können, sondern sich diese zu allererst zur Opposition schlagen und zusammen mit ihren älteren Klassengenossen in den Reihen der Opposition kämpfen.

Von ähnlichem Katzenjammer war der Bericht über die Motorradfahrer gehalten, den Jähntzsch gab, weil der Renegat Gall inzwischen schon wieder ausrangiert worden ist. Auch hierbei entschlüpfte dem Goldsohn Bandermanns, dem Gausportleiter Jähntzsch,

das Geständnis, daß „der Aufschwung (?) nicht den gehegten Erwartungen entspricht“.

Obwohl der ganze Gautag, wie schon gesagt, nur von besonders auserlesenen Delegierten beschickt war und dieser Gautag dann außerdem urplötzlich und über Nacht um einen Sonntag vorverlegt wurde (wahrscheinlich um sich vor unerwünschten Besuchen oppositioneller Genossen und Gäste zu „sichern“), kam es dennoch zu einer den Spaltern höchst unliebsamen Diskussion.

Während dieser Diskussion mußten Bandermann und sein Gefolge die Erfahrung machen, daß alle Kunststückchen bei der Wahl der Delegierten nicht besonders viel genutzt hatten, denn

selbst einige der Delegierten, von denen es die Spalter wahrscheinlich nicht geglaubt hatten, packten gehörig aus und führten

die Pleite und den Niedergang der Bundesbewegung im 17. Gau

auf die Spaltungsmaßnahmen und Mißwirtschaft der Gau- und Bundesleitung zurück.

In diesem Sinne äußerten sich etwa vier bis fünf Diskussionsredner, deren Ausführungen das „Volksblatt“ bezeichnenderweise krampfhaft verschweigt. Als sich dann eine derartige Diskussion entfaltete, wurde sie von den Spaltern rundweg abgewürgt, indem man schnell Niemann vom Bundesvorstand und nach ihm noch Rohde vom Fahrradhaus „Frisch auf“ zu Worte kommen ließ, die dann beide einen unbändigen und hahnebüchenen Schmus verzapften.

Für die Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer des 17. Gaues sind die in Dessau auf dem sogenannten Gautag gefaßten Beschlüsse selbstverständlich in keiner Weise bindend. Im Gegenteil, alle im Gau 17 gelegenen Arbeiter-Rad- und Kraftfahrervereine müssen dieses frivole Spiel mit ihren primitivsten Grundrechten, diese freche und willkürliche Fortsetzung der Spaltungspolitik mit dem

Anschluß an die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit

beantworten und in allen Vereinen sofort ordentliche Versammlungen ansetzen und dementsprechende Mitgliederbeschlüsse herbeiführen. Wegen näherer Auskünfte sollen sich alle Genossen des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes an die Landesleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Sparte Rad- und Kraftfahrer, Halle a. d. S., Bergstraße 4, wenden.

Bezirkswaldlauf in Jeßnitz

Zum Bezirkswaldlauf am 19. April in Jeßnitz findet ein Auswahlspiel zwischen Stadt und Land statt.

Stadt

Donaht (Bitterfeld)
Petermann (Bitterfeld) Heinrich (Jeßnitz)
Dost (Jeßnitz) Allner (Bitterfeld) Lübeck (Jeßnitz)
Laaß (Jeßnitz) Apell (Bitterfeld) Friebel (Bitterfeld) Frauendorf (Jeßnitz) Müller (Jeßnitz)

Stadtmannschaft: weiße Hose, weißes Hemd. Ersatz: Bitterfeld.

Land.

Roitzsch
Birkner (Wolfen) Stellter (Greppin)
Michael (Greppin) Rößchen (Roitzsch) Chojnacki (Wolfen)
Bargende (Greppin) Stummer (Roitzsch) Apell (Niemegk) Richter (Niemegk) Mennicke (Greppin)

Ersatz: Wolfen. Landsmannschaft: schwarze Hose. Hemd stellt Niemegk.

Schiedsrichter: Krahnolt, Wolfen. **Abseitsrichter:** Müller (Greppin), Hergt (Holzweißig). **Kassierer:** Niemegk und Greppin.

Genossen! Eine Absage gibt es nicht, alles hat restlos zum Waldlauf zu erscheinen.

Vormittags 11 Uhr spielt Wolfen—Bitterfeld Schüler. Das Spiel Stadt gegen Land findet 14.30 Uhr statt.

Genossen! Zum 19. April auf nach Jeßnitz zum Waldlauf. Keiner darf fehlen. J. A.: Richard Friebel.

Fußballbezirk Weißenfels

Nachtrag zu den Börsenspielen am 19. April

47	14 Uhr	Hohenmölsen 2—Rasberg 2	
48	½16 „	Hohenmölsen 1—Rasberg 1	Nietzsch, Taucha
49	13 „	Rasberg Jgd.—Zorbau Jgd. in Hohenmölsen	
50	11 „	Naumburg 1—Dehlitz-Lösau 1 b	Loth, Robert
51	10 „	Naumburg Jgd.—Dehlitz-Lösau Jgd.	

Albert Holzschuh.

ASC Halle. Freitag, den 17. April, Mitgliederversammlung im Vereinslokal Albrecht.

Spiel Giebichenstein 3—Nietleben 3, das für Sonntag angesetzt war, wird hiermit abgesagt.

Schützen. Die Uebungsstunde am Freitag fällt aus. Dafür am Sonntag, 15 Uhr, Wettkampf im „Lindenhof“.

Sparte Schützen. Der Bezirkmeister Halle, 1. und 2. Mannschaft, kämpft am Sonntag, 19. April, 15 Uhr, auf seinem Schießstand im „Lindenhof“ im Solidaritätskampf gegen Löbejüner Schützen mit Kleinkaliber. Nachdem Bolzenfreundfreundschaftskampf gegen Hamburg. Heinemann.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, den 18. April

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12 Uhr: Orchesterkonzert (Schallplatten). 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Wunschprogramm (Schallplatten). 14.30 Uhr: Bastelstunde für die Jugend. 15.15 Uhr: Ein Opernwinter unter Carl Maria von Weber in Dresden. 15.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Stunde der Jugendlichen. 16.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17.30 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. Anschließend bis 17.45 Uhr: Funkhilfe. 18 Uhr: Funkbastelstunde und Durchgabe von Meßtönen. 18.20 Uhr: Deutsch. Entstehung und Bedeutung unserer Familiennamen. 18.40 Uhr: Zwei Kurzgeschichten. 19 Uhr: Der Weg zum gesunden Sport. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Humoristische Anekdoten. 21 Uhr: Vom Tage. 21.15 Uhr: Konzert. 22 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Aus dem Geschäftsverkehr

Autobilder sammeln — ein neuer Sport! Vom hochbeinigen Automobil von 1900 bis zur schnittigen Stromlinienkarosserie von heute — ein bewundernswerter Weg technischer Entwicklung! Wer die Vervollkommnung des Autos weiter verfolgen will, dem bringt Abdulla seine Bilderserie moderner Autotypen aus aller Welt. Die Sammlung bringt laufend die neuesten Wagen in geschmackvollem, klarem Farbendruck auf mattem Karton. Geschlossene Sammlungen werden möglicherweise nach ein paar Jahren in technisch interessierten Kreisen sehr gesucht werden. In jeder Packung der Abdulla-Zigaretten finden Sie die Bildchen. Wer sie selbst nicht sammelt, hat bestimmt unter seinen Bekannten jemand, der sich über jedes neue Bildchen freut. Ein preiswertes, elegantes Album hilft die Sammlung in Ordnung halten.

Burg-Theater
Harry Liedtke
Fritz Kampers, Marie Paudler in
O Mädchen, mein Mädchen
Große Gosenstr. 12. Ab heute bis Sonntag Rin-Tin-Tins Millionenhalsband.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0012

Klassenkampf

10 JAHRE

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 17. April 1931 | 11. Jahrgang Nr. 89

Streikfront der Bauarbeiter steht

Immer neue Baustellen treten in die Front — Betrügerische Manöver der Unternehmer — Verstärkt das Massenstreikaufgebot! — Her mit dem roten Einheitsverband für das Baugewerbe!

Halle, 17. April.

In der gestern stattgefundenen Streikversammlung wurden erneut Beschlüsse gefaßt, um die geschlossene Kampffront der Bauarbeiter noch zu verstärken. Einzelne Industrieverbändler versuchten wiederum, mieszumachen. Der Genosse Wilhelm Koenen verstand es in ausgezeichneten Ausführungen, die Streikenden auf die ungeheure Bedeutung ihres Kampfes aufmerksam zu machen, die darin liegt, daß die Bauarbeiter die Welle des Lohnraubs der deutschen Unternehmer unbedingt zum Stehenbringen müssen. Die verräterische Haltung der Reformisten und des Industrieverbandes in unserem Bezirk unterscheidet sich von der Haltung derselben Leute in Berlin nur dadurch, daß die revolutionären Bauarbeiter Mitteldeutschlands einen solchen Verrat, wie er in Berlin durch die Reformisten und durch Kaiser begangen wurde, nicht dulden werden und sich die Brauns und Konsorten danach einstellen müssen. Sie versuchen hier eine gerissene Taktik durchzuführen, um ihre Streikbruchmethoden auch hier durchzusetzen.

Bauarbeiter, Kollegen! Die Unternehmer stehen in einer Front mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und den Führern des Industrieverbandes. Die BGB- und Industrieverbandsmitglieder werden von ihren Führern betrogen. In Berlin wurden sie gezwungen von der Bürokratie, für den verbindlich erklärten Schiedsspruch zu arbeiten, und die Unternehmer stellen nach Vereinbarung mit den BGB-Bonzen nur noch Bauarbeiter ein, die das Mitgliedsbuch des BGB vorzeigen können. Das ist dieselbe faschistische Methode, mit der in Italien die faschistischen Gewerkschaften arbeiten.

Kollegen, das dürft ihr nicht dulden! Es geht bei eurem Streik nicht nur um den Lohnraub. Es geht um eure Koalitionsrechte. Euer Kampf ist ein wichtiger Abschnitt an der Front des großen revolutionären Kampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat den Streik organisiert. Die Streikfront steht unerschüttert. Täglich treten mehr Kollegen in den Streik ein. Nicht Bernhardt und Wolgast, nicht Schumacher und Kaiser, sondern nur die RGO, der sich jetzt bildende Rote Einheitsverband der Bauarbeiter wird Führer im siegreichen Kampf gegen das profitgierige Unternehmertum sein.

Fester die Reihen geschlossen! Verschärft den Streik! Kämpft auch dann gegen den Willen der verräterischen reformistischen Führer, wenn der Schiedsspruch verbindlich erklärt ist!

In Naumburg verschärfte Lage

(Eig. Meld.) Naumburg, 17. April.

Der hiesige Bauarbeiterstreik ist ab heute verschärft auf Grund betrügerischer Manöver einzelner Unternehmer. Sämtliche Bauten und Reparatur-Bauten mit Ausnahme der Bauhütte sind stillgelegt. Die Unternehmer betrügen Kollegen und Streikleitung, indem sie trotz Unterschriften Lohnabzug vornehmen. Stürmisch verlangen die Bauarbeiter, auch die letzten Arbeitsstellen stillzulegen. Mit Hilfe der Lehrlinge und Poliere wollen die Unternehmer ihre kapitalistische Bankrottwirtschaft retten. Sozialdemokratische und kommunistische Bauarbeiter sind einig im Kampfe gegen das brutale Unternehmertum. Zähe und klassenbewußt bricht sich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch und wird führend im Kampfe gegen das immer frecher werdende Krautjunkertum. Zugezogene Nazi-Streikbrecher zogen es vor, zu verschwinden.

Bauarbeiterstreik in Wolsen

(Eig. Drahtbericht). Wolsen, 16. April.

In Wolsen sind bei der Firma Holzmann die Bauarbeiter in den Streik getreten. Die Firma wollte einen 10prozentigen Lohnabbau auf Grund des Schiedsspruches vornehmen, worauf die Kollegen geschlossen die Arbeit niederlegten.

Zwei Arbeiter, die der reformistischen Verbandsbürokratie nachlaufen, und die ebenfalls in diesem Betrieb beschäftigt sind, leisten auf Anweisung der reformistischen Verbandsbonzen Streikbrucharbeit.

Die im Streik stehenden Arbeiter kämpfen weiter.

Das Ausnahmegesetz gegen die KPD

Ungeheuerlicher Erlaß der Thüringer Regierung — Im Einverständnis mit der SPD-Führerschaft

mar, 16. April.

pril folgenden Erlaß
ng veröffentlicht:

deutschlands, wie auf
rvorgeht, den Um-
uch mit unge-
ebt ist, sollen Ver-
angehörenden Orga-
geprüft werden, ob
ird ein Verbot nicht
rgfältig über-

hen Veranstal-
ngen vorkom-
el abgehalten
staltungen
estehenden
m Himmel
werden.

eschlossenen Räumen
nach den Umständen
e Notwendigkeit zu
gehen ist. Lediglich
rksausschusses gegen
Ministerium zuge-

lassene Volksbegehren auf Auflösung des Landtages soll von Einschränkungen nicht Gebrauch gemacht werden, wenn sich die Veranstalter in den Grenzen des polizeilich Tragbaren halten.

Veranstaltungen sämtlicher übrigen Parteiorganisationen und Vereinigungen sollen grundsätzlich nicht verhindert werden."

Dieser ungeheuerliche Erlaß zeigt allen Arbeitern, insbesondere den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern, daß die faschistische Diktaturverordnung der Brüning-Severing ausschließlich gegen die KPD., gegen die kommunistische Bewegung, gerichtet ist. Der schärfste Polizeiterror wird gegen die kommunistische Bewegung gerichtet, alle kommunistischen Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel sollen verboten werden, währenddem ausdrücklich die Veranstaltungen aller anderen

Unsere Antwort an Brüning und Severing!

Masseneintritte in die KPD

Die Ortsgruppe Teuchern der Kommunistischen Partei hat in den ersten 14 Tagen des Monats April bei ihrer Werbearbeit folgende Erfolge gehabt: 36 neue Mitglieder für die Partei, 22 Mitglieder für die Rote Hilfe, vier Leser für den „Klassenkampf" und 18 für die AIZ. Unsere Genossen setzen die Werbung fort.

Die Betriebe für Kampfmai 1931

(Eig. Meldg.) Frankleben, den 17. April.

Im Stahl- und Eisenwerk Frankleben fand im Betrieb eine Belegschaftsversammlung statt, die zum 1. Mai Stellung nahm. Von den Reformisten wurde geheime Abstimmung verlangt. Diese wurde auch durchgeführt. Es beteiligten sich 90% der Belegschaftsmitglieder. Das Ergebnis war das folgende: 54 Stimmen für politischen Massenstreik, 16 Stimmen für Arbeit am 1. Mai, zwei Stimmen waren ungültig. Am 1. Mai wird also nicht gearbeitet!

Halle, den 17. April.

In einer am Mittwoch stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Engelhardt-Brauerei, Halle, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, am 1. Mai den Streik durchzuführen.

(Eig. Meldg.) Merseburg, den 17. April.

Hier hat sich die Belegschaft der Engelhardt-Brauerei ebenfalls einstimmig für den Streik am 1. Mai ausgesprochen.

(Eig. Meldg.) Kelbra, den 17. April.

In einer Sitzung sämtlicher proletarischer Organisationen fand eine gründliche politische Aussprache zum 1. Mai statt, in der beschlossen wurde, in allen Betrieben den Streik am 1. Mai durchzuführen. Ein Maikampfkomitee wurde gebildet, das die Organisationsarbeiten durchzuführen hat.

Millionen Ausgebeuteter und Unterdrückter der ganzen Welt rüsten wieder zum Massenkampfaufmarsch am 1. Mai, zum politischen Massenstreik. Kommunisten an die Front! Macht den Weltkampftag am 1. Mai 1931 zu einem gewaltigen Aufmarsch des revolutionären Proletariats!

Ganz Spanien im Aufstand

Barrikadenkämpfe in den Industriezentren — Die Massen stürmen die Kasernen und öffnen die Gefängnisse — Soldaten sympathisieren mit den Aufständischen

Madrid, 16. April. (Eig. Drahtm.)

Die Ereignisse in Spanien überstürzen sich. Die Industriegebiete, insbesondere die Industriezentren Katalonieus befinden sich in offenem Aufstand. Aus Barcelona, Sevilla, Malaga, Valencia, Huelva Bilbao und vielen anderen Städten werden schwere Straßenkämpfe gemeldet. Die Arbeiterschaft von Barcelona trat in den Generalstreik.

In Barcelona und Sevilla wurde der Belagerungszustand verhängt. Kasernen und Waffenläden wurden von den Massen gestürmt, Gefängnisse aufgebrochen, die Häuser bekannter Reaktionäre demoliert, republikanische Abgeordnete verprügelt und als Geisel festgenommen.

Die Soldaten sympathisieren mit den Massen. Gendarmerietruppen wurden gegen die Arbeiter eingesetzt. Ueberall kam es zu heftigen Straßenkämpfen. In Barcelona errichteten die Arbeiter Barrikaden. Hunderte von Toten und Schwerverletzten werden gemeldet.

Unter dem Druck der Massenbewegung sind die nationalen Gegensätze aufs äußerste zugespitzt. Die nationale Bourgeoisie in Katalonien und im Baskenlande sieht sich angesichts der drohenden Haltung der Massen gezwungen, mit Madrid über die Bildung selbständiger autonomer Republiken zu verhandeln. Das Ziel ist zunächst, Zeit zu gewinnen. Die Massen fordern stürmisch die sofortige Proklamierung der nationalen Unabhängigkeit Katalonieus und der baskischen Provinzen.

Die Lage verschärft sich von Stunde zu Stunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310417-17/fragment/page=0013